

Holzarbeiter

Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. Bezugspreis 50 Pf. im Monat. Inserate nach Tarif. Arbeitsvermittlungen 50 Pf., Verbandsanzeigen 30 Pf. die sechsgespaltene Millimeterzeile. Redaktion und Expedition: Berlin 50 16, Am Köllnischen Park 2. Fernruf F7 (Jannowitz) 6246.

Nr. 46 Berlin, den 14. November 1931 39. Jahrgang

Die amtliche Lohnstatistik im Holzgewerbe

Der ersten amtlichen Erhebung über die tatsächlichen Arbeitsverdienste im deutschen Holzgewerbe im März 1928 ist im März 1931 eine zweite gefolgt, deren Hauptergebnisse nunmehr im zweiten Oktoberheft der vom Statistischen Reichsamt herausgegebenen Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ veröffentlicht werden.

Seit der ersten Erhebung haben sich die Verhältnisse gründlich geändert. Im März 1928 waren 11,3 Prozent der Verbandsmitglieder arbeitslos. Die Löhne bewegten sich in aufsteigender Linie. Eben war eine zentrale Lohnbewegung beendet, die eine Erhöhung der Ecklöhne um 6 Pf. gebracht hatte, wozu ab 1. November weitere 3 Pf., in einigen Bezirken 4 Pf. kamen. Dann folgten im Jahre 1929 noch zwei weitere Lohnerhöhungen: ab 3. Juni um 4 Pf., ab 1. November um 2 Pf. Damit aber hatte die Periode der Lohnerhöhungen ihr Ende erreicht. Soweit im Frühjahr 1931 an Stelle der zentralen Lohnregelung bezirkliche Lohnabkommen getreten waren, waren die Spitzenlöhne im allgemeinen um 6 Pf. herabgesetzt worden. Daneben aber hatten unter dem Druck der fortschreitenden Verschlechterung der Wirtschaftslage die Überlöhne schon eine starke Senkung erfahren. War doch die Arbeitslosigkeit bis März 1931 auf 49,4 Prozent der Mitglieder gestiegen, wozu noch 13 Prozent der Mitglieder kamen, die verkürzt arbeiteten. Man dürfte daher dem Ergebnis der Erhebung im März 1931 mit einiger Spannung entgegensehen.

Ebenso wie im Jahre 1928 erfolgte die Vorbereitung der Erhebung vom Statistischen Reichsamt im Einvernehmen mit den zuständigen Organisationen. Die Statistik erstreckte sich nicht auf alle Orte und Betriebe. Von den Organisationen wurden im Jahre 1928 gemeinsam in 29 Vertragsgebieten aus 130 Orten 1481 Betriebe ausgewählt, die damals 45 601 Arbeiter beschäftigten. Die Fragebogen wurden vom Betriebsinhaber ausgefüllt und vom Betriebsrat gegengezeichnet. Die Bearbeitung des Materials erfolgte durch das Statistische Reichsamt. In der gleichen Weise wurde auch bei der zweiten Erhebung gearbeitet.

Umfang der Erhebung

Die Erhebung erstreckte sich auf die Bau- und Möbeltischlerei und auf den Musikinstrumentenbau. Infolge Rückganges der Beschäftigung und zahlreicher Betriebsstillegungen wurde diesmal eine weit geringere Zahl von Arbeitern erfasst.

Die erfassten Betriebe und Arbeiter.

	Bau- und Möbeltischlerei		Musikinstrumentenbau	
	Betriebe	Arbeiter	Betriebe	Arbeiter
März 1928	1 360	36 123	121	9 478
März 1931	1 195	21 442	67	2 310

In der Bau- und Möbeltischlerei wurden nur männliche Arbeiter über 22 Jahre erfasst, im Musikinstrumentenbau auch die Arbeiterinnen über 22 Jahre, doch beträgt deren Zahl nur 245, während es im Jahre 1928 noch 764 waren. Wie im Jahre 1928 überwiegen auch diesmal die Facharbeiter und in der Entlohnungsform ist der Zeitlohn vorherrschend. Es sind aber doch bemerkenswerte Verschiebungen eingetreten, wie die folgende Übersicht zeigt. Hierbei sei bemerkt, dass die Ergebnisse immer nur die relativen Zahlen der Arbeiter nennen.

Entlohnungsformen.

Arbeitergruppe	März 1928			März 1931		
	Zeitlohn	Stücklohn	Zus.	Zeitlohn	Stücklohn	Zus.
Facharbeiter	51,5	33,3	84,8	55,2	25,7	80,9
Angelernte Arbeiter	2,6	1,2	3,8	6,5	2,5	9,0
Hilfsarbeiter	11,4	—	11,4	10,1	—	10,1
Insgesamt	65,6	34,5	100,0	71,8	28,2	100,0

Hiernach ist der Anteil der Facharbeiter an der Gesamtzahl der Beschäftigten von 84,8 auf 80,9 Prozent zurückgegangen. Mit dem Fortschritt der Technik wird der gelernte Arbeiter im Holzgewerbe immer weiter zurückgedrängt, der Angelernte gewinnt eine grössere Bedeutung. Der Rückgang der Stücklohnarbeit bei den Facharbeitern dürfte in der Hauptsache dadurch verursacht sein, dass die Unternehmer in steigendem Masse aus „Ersparnisrücksichten“ sogenannte gute Akkorde in Stundenlohn ausführen lassen. Der Tendenz, bei der Art der Entlohnung Ersparnisrücksichten walten zu lassen, widerspricht es nicht, dass bei den Angelernten die Akkordarbeit eine Steigerung erfahren hat.

Diese allgemeinen Daten beziehen sich auf das gesamte Erhebungsgebiet. Die weiteren Angaben sind für die beiden Gruppen gesondert gemacht.

I.

Bau- und Möbeltischlerei

Zur Zeit der Erhebung war ein erheblicher Teil des Erhebungsgebiets vertraglos, nur 39,6 Prozent der erfassten Arbeiter unterstanden einem Vertrag. In den mitgeteilten Tabellen werden zunächst Vergleichszahlen für das gesamte Erhebungsgebiet, dann aber auch Angaben getrennt für die tariflich geregelten und für die vertraglosen Gebiete gegeben. Die Erhebung erstreckt sich auf den Stundenverdienst, die wöchentliche Arbeitszeit und den Wochenverdienst. Betrachten wir zunächst die Arbeitszeit.

Durchschnittliche Wochenarbeitszeiten.

Männliche Arbeiter über 22 Jahre	März 1928	März 1931	
	Stunden	Stunden	Prozent 1928=100
Facharbeiter			
in Zeitlohn	45,9	39,63	86,3
in Stücklohn	45,2	40,43	89,4
Angel. Arbeiter			
in Zeitlohn	46,9	40,62	86,6
in Stücklohn	45,1	40,70	90,2
Hilfsarbeiter			
in Zeitlohn	46,4	41,08	88,5

Sie ist wesentlich kürzer als im Jahre 1928, und zwar ist sie für die Facharbeiter und die angelernten Arbeiter in Zeitlohn in den Gebieten ohne Tarif noch kürzer als in den Gebieten, für die im März 1931 ein Vertrag bestand. Vorstehend geben wir eine Übersicht über die Arbeitszeit im gewogenen Durchschnitt aller Vertragsgebiete.

Ist die vertragliche 48stündige Arbeitszeit schon im Jahre 1928 bei weitem nicht voll ausgenutzt worden, so war die Arbeitszeit im Jahre 1931 noch viel weiter gesenkt. Obwohl die Hälfte der Holzarbeiter im März 1931 arbeitslos war, konnte die anfallende Arbeit von den noch Beschäftigten in 40 Stunden bewältigt werden. Für die Facharbeiter in Zeitlohn, die den weitaus grössten Teil der beteiligten Arbeiter umfassen, betrug die durchschnittliche Arbeitszeit so-

gar weniger als 40 Stunden. Das hindert die Unternehmer des Holzgewerbes aber nicht, der allgemeinen Verkürzung der Arbeitszeit den heftigsten Widerstand entgegenzusetzen.

Vergleiche zwischen dem Tariflohn und den tatsächlichen Verdiensten lassen sich natürlich nur für die Gebiete mit tariflicher Regelung anstellen, die allerdings nur 39,6 Prozent der an der Statistik beteiligten Arbeiter umfassen. Die Zahl der in Stücklohn beschäftigten Angelernten ist so klein, dass sie in der Tabelle nicht besonders berücksichtigt wurden. Das Ergebnis dieses Vergleichs gibt das Statistische Reichsamt in der folgenden Tabelle:

Tariflohn und Stundenverdienste.

Arbeitergruppe und Lohnform (männl. Arbeiter über 22 Jahre)	März 1928			März 1931		
	Stund.-verdienst (ohne tarifl. Zuschl.) Pf.	Tarifm. Stund.-lohn oder Akkorde-richtsatz Pf.	Stund.-verdienst in Proz. des Tariflohnes	Stund.-verdienst (ohne tarifl. Zuschl.) Pf.	Tarifm. Stund.-lohn oder Akkorde-richtsatz Pf.	Stund.-verdienst in Proz. des Tariflohnes
Facharb.						
in Zeitlohn	117,2	107,9	108,6	119,0	110,9	107,3
in Stücklohn	137,2	121,9	112,6	129,7	126,9	103,0
Angel. Arb.						
in Zeitlohn	98,1	95,4	102,8	97,1	97,7	99,4
Hilfsarb.						
in Zeitlohn	97,7	94,5	103,4	95,8	96,5	99,3

Die Tariflöhne lagen im März 1931 noch höher als im März 1928. Das erklärt sich daraus, dass nach dem März 1928 noch in drei Terminen bis zum 1. November 1929 der Tariflohn an der Spitze eine Erhöhung um insgesamt 9 Pf. erfahren hatte, wovon bis März 1931 wieder 6 Pf. gekürzt waren. Aber die Überlöhne hatten eine stärkere Kürzung erfahren. Die Facharbeiter in Zeitlohn verdienten durchschnittlich nur 107,3 Prozent des Vertragslohnes gegen 108,6 Prozent im Jahre 1928. Weit kräftiger waren die Akkordsätze herabgesetzt worden. Betrag der Stundenverdienst im Jahre 1928 noch 112,6 Prozent des tariflichen Satzes, so waren es 1931 nur noch 103,0 Prozent. Und die Angelernten und Hilfsarbeiter, die 1928 noch 102,8 bzw. 103,4 Prozent des Tariflohnes erhalten hatten, blieben 1931 mit 99,4 bzw. 99,3 Prozent noch unter dem Tariflohn.

In der vorstehenden Tabelle sind die Stundenverdienste ohne die tariflichen Zuschläge angegeben. Zieht man auch die Zuschläge für Überzeit- und Sonntagsarbeit sowie für Montagearbeiten an Ort in Betracht, dann ergibt sich bei einem Vergleich mit den entsprechenden Zahlen aus dem Jahre 1928 eine Minderung des Verdienstes; nur bei den Facharbeitern in Zeitlohn war der Stundenverdienst noch um

Durchschnittliche Stundenverdienste.

Arbeitergruppe und Lohnform (männl. Arbeiter über 22 Jahre)	Vertragsgebiete mit Lohnabkommen			Vertragsgebiete ohne Lohnabkommen		
	März 1928 Pf.	März 1931 Pf.	Proz. 1928=100	März 1928 Pf.	März 1931 Pf.	Proz. 1928=100
Facharb.						
in Zeitlohn	117,9	119,7	101,8	115,2	115,1	99,9
in Stücklohn	137,6	129,8	94,3	125,0	116,7	86,4
Angel. Arb.						
in Zeitlohn	98,1	97,3	99,2	93,8	90,6	96,6
in Stücklohn	—	—	—	102,5	91,6	89,3
Hilfsarb.						
in Zeitlohn	97,7	96,2	98,5	85,7	85,5	99,8

ein geringes höher als 1928, wie aus vorstehender Tabelle ersichtlich ist. In den Gebieten ohne Lohnabkommen war auch der Stundenlohn der Facharbeiter in Zeitlohn niedriger als im Jahre 1928. In diesen Gebieten lag aber auch im Jahre 1928 der durchschnittliche Verdienst niedriger als in den anderen.

Stunden- und Wochenverdienste.

Arbeitergruppe und Lohnform (männl. Arbeiter über 22 Jahre)	Durchschnittlicher Stundenverdienst		Durchschn. Bruttowochenverdienst	
	März 1928 Pf.	März 1931 Pf.	März 1928 Mk.	März 1931 Mk.
Facharb.				
in Zeitlohn	116,4	117,3	100,8	53,40
in Stücklohn	128,1	120,8	94,3	57,91
Angel. Arb.				
in Zeitlohn	94,4	91,9	97,4	44,29
in Stücklohn	102,6	90,6	88,3	46,23
Hilfsarb.				
in Zeitlohn	89,4	89,1	99,7	41,48
				36,59
				88,2

Durch den Abbau der Löhne im Frühjahr 1931 sind die Stundenverdienste unter das Niveau vom März 1928 gesunken, mit Ausnahme der Facharbeiter, die in Zeitlohn noch eine Kleinigkeit mehr verdienten. Aber infolge der eingetretenen Verkürzung der Arbeitszeit war der durchschnittliche Wochenverdienst stark zurückgegangen. In der vorstehenden Übersicht stellen wir die durchschnittlichen Stundenverdienste einschliesslich der Zuschläge und die durchschnittlichen Bruttowochenverdienste für das gesamte Erhebungsgebiet nebeneinander.

Im März 1931 erzielte der Facharbeiter in Zeitlohn nur 87,1 Prozent, in Stücklohn gar nur 84,4 Prozent des Lohnes, den er im März 1928 erreicht hatte. Bei den Angelernten geht der Minderverdienst in Stücklohn sogar auf 79,8 Prozent zurück.

Das Statistische Reichsamt hat auch Vergleiche mit den Löhnen der Vorkriegszeit gezogen. Solche Vergleiche haben etwas Missliches, denn die Grundlage für sie ist nur mit starken Vorbehalten verwendbar. Es handelt sich um die vom Deutschen Holzarbeiter-Verband aufgenommene Statistik über Arbeitszeit und Löhne

Lohnvergleiche mit der Vorkriegszeit.

Männliche Arbeiter über 22 Jahre	1913/14	März 1928		März 1931	
		ab-solut	Proz. 1913/14=100	ab-solut	Proz. 1913/14=100
Durchschnittl. Stundenverdienst					
Facharbeiter	Pf.	Pf.	Pf.	Pf.	Pf.
in Zeitlohn	59,3	116,4	196,3	117,3	197,8
in Stücklohn	63,5	128,1	201,7	120,8	190,2
Durchschnittl. Bruttowochenverdienst					
Facharbeiter	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
in Zeitlohn	32,10	53,40	166,4	46,49	144,8
in Stücklohn	34,32	57,91	168,7	48,88	142,3

im Tischlergewerbe im November 1911. Aus dieser Statistik hat das Statistische Reichsamt die Städte herausgezogen, die bei den neuen Erhebungen erfasst wurden. Abgesehen von anderen Mängeln, die einer privaten gegenüber der amtlichen Statistik anhaften, kommt hier noch in Betracht, dass sich die Verbandsstatistik von 1911 auf die Arbeiter über 18 Jahre bezieht, während von der amtlichen Statistik nur die über 22 Jahre alten Arbeiter erfasst sind, die den höchsten Tariflohn beziehen. Ebenso sind die zwischen 1911 und 1913/14 eingetretenen Lohnänderungen nicht berücksichtigt.

Nach dieser Übersicht wäre im März 1931 der Stundenverdienst in Zeitlohn um 97,8 Prozent, in Stücklohn um 90,2 Prozent höher gewesen als vor dem Kriege. Dieses Mehr vermindert sich aber beim Vergleich des Wochenverdienstes schon auf 44,8 bzw. 42,3 Prozent.

Dabei handelt es sich aber um Bruttoverdienste. Zieht man aber die Nettoeinnahmen in Betracht, also unter Berücksichtigung der Abzüge für Lohnsteuer und Sozialversicherungsbeiträge, dann ändert sich das Bild sehr gründlich. Diese Abzüge sind bei den Erhebungen 1928 und 1931 für jeden Arbeiter festgestellt worden. Sie betragen im März 1928 in Zeitlohn 11,1 Prozent, in Stücklohn 10,8 Prozent. Im März 1931 waren sie in Zeitlohn auf 12,3 Prozent, in Stücklohn auf 12,1 Prozent gestiegen. In der Vorkriegszeit betragen die entsprechenden Abzüge nur 5,6 Prozent. Zieht man die genannten Beträge von dem Bruttoverdienst ab und vergleicht den Nettoverdienst mit dem Index der Lebenshaltungskosten, der im März 1928 150,6, im März 1931 137,7 betrug, dann ergeben sich die folgenden

Realwochenverdienste.

Männliche Arbeiter über 22 Jahre	März 1928		März 1931	
	Mk.	Proz. 1913/14 = 100	Mk.	Proz. 1913/14 = 100
Facharbeiter in Zeitlohn	30,30	31,51	29,63	97,8
in Stücklohn	32,40	34,30	31,18	96,2

Das Schlussergebnis der amtlichen Erhebung ist also die Feststellung, dass der reale Wochenverdienst der Holzarbeiter bereits im März 1931 niedriger war als vor dem Kriege. Dabei ist diese Feststellung, die 97,8 bzw. 96,2 Prozent des Vorkriegsverdienstes ergibt, noch zu günstig, weil sie von einem zu niedrig angesetzten Vorkriegslohn ausgeht. Seit dem März dieses Jahres sind die Löhne weiter gesenkt worden. Dessenungeachtet ruhen die Unternehmer unentwegt nach weiterem Lohnabbau. Die amtliche Lohnerhebung beweist, dass dieses Verlangen jeder sachlichen Begründung entbehrt.

(Schluss folgt.)

Die Milzbrandgefahr

Die scharfen gesetzlichen Bestimmungen zur Bekämpfung des Milzbrands haben bewirkt, dass diese Seuche in den letzten Jahrzehnten ganz bedeutend zurückgegangen ist. Wenn trotzdem immer wieder Erkrankungen und Todesfälle eintreten, so ist das darauf zurückzuführen, dass die hauptsächlich aus Südamerika eingeführten behaarten Tierhäute sowie Haare und Borsten, die die Träger von Milzbrandsporen sind, in den deutschen Einfuhrhäfen nur stichprobeweise untersucht werden. Daher können immer wieder einzelne infizierte Stücke durchschlüpfen. Ausserdem besteht aber die Tatsache, dass in Deutschland die Desinfektionsvorschriften nicht immer gewissenhaft beachtet werden. Die Folgen sind dann die immer wieder auftretenden Erkrankungen- und Todesfälle, die nach den im Reichsgesundheitsblatt alljährlich veröffentlichten Berichten diesen Umfang annehmen:

Jahr	Insgesamt		In der Bürstenindustrie, den Haarspinnereien und Wollkämmereien	
	Erkrankungsfälle	davon mit tödlichem Ausgang	Erkrankungsfälle	davon mit tödlichem Ausgang
1925	173	34	19	6
1926	105	13	8	1
1927	211	22	10	6
1928	252	21	9	2
1929	185	19	10	1

2/3 bis 3 Prozent aller Milzbrandkrankungen sind Innenmilzbrand, das heisst Infektion der inneren Organe, die mit ganz seltenen Ausnahmen immer mit dem Tode enden. Bei Hautmilzbrand verlaufen 5 bis 15 Prozent der Erkrankungsfälle tödlich. Hautmilzbrand braucht in keinem Fall tödlich zu verlaufen, wenn er rechtzeitig als solcher erkannt und dementsprechend ärztlich behandelt wird. Es ist deshalb dringend notwendig, dass die Bürstenmacher und Borstenzüchter bei jedem auftretenden Geschwür den Arzt aufsuchen und ihn darauf aufmerksam machen, dass es sich auf Grund ihrer Tätigkeit um Milzbrand handeln kann.

Die Milzbrandinfektionen könnten ganz verhindert werden, wenn unsere alten Forderungen entsprochen würde, alle

eingeführten Milzbrandträger, wie Häute, Felle, Borsten, Haare usw., ohne Ausnahme gleich in den Einfuhrhäfen und -stationen in staatlichen oder staatlich überwachten Anstalten zu desinfizieren. Es würde sich dann auch zeigen, ob es bei den strengen veterinärpolizeilichen Vorschriften in Deutschland überhaupt noch Infektionsherde gibt oder ob nicht das deutsche Material erst durch Vermischung mit ausländischem infiziert worden ist.

Neben einer strengen Überwachung der Betriebe durch die Gewerbeaufsicht muss aber auch verlangt werden, dass die Borsten- und Bürstenarbeiter sich noch mehr als bisher für die Verhütung und Bekämpfung der Milzbrandgefahr einsetzen. G. A.

Was wird mit der Siedlung?

Um die Sesshaftmachung der Bevölkerung auf dem Lande zu fördern und dadurch den Zustrom nach den Städten abzuschwächen und damit gleichzeitig den industriellen Arbeitsmarkt zu entlasten, verfolgt die Reichsregierung grosse Siedlungspläne. In welcher Richtung diese verwirklicht werden sollen, darüber enthält die Notverordnung vom 6. Oktober die näheren Rahmenbestimmungen.

An der Spitze der Regierungspläne steht die landwirtschaftliche Siedlung. Die Vorschriften hierüber bestehen aber leider nur aus Formalitäten. Da wird bestimmt, dass die Länder aus den Mitteln der Hauszinssteuer gewisse Beträge der Deutschen Siedlungsbank zuzuführen haben. Diese Gelder sollen „insbesondere auch für die Ansiedlung von Landarbeitern Verwendung finden“. Alle beteiligten Länder sollen einen Staatskommissar für die landwirtschaftliche Siedlung bestellen. Die Gründung von Siedlungen selbst soll im Sinne des Reichsiedlungsgesetzes erfolgen.

Das alles hört sich nett an, ist aber nicht viel wert. Wenn aus den landwirtschaftlichen Siedlungsplänen etwas werden soll, dann muss vor allem durch Aufteilung grosser, aber schlecht bewirtschafteter Güter billiges Land beschafft werden. Von dieser Art Landbeschaffung will diese Reichsregierung aber nichts wissen. Nur in Preussen werden in dieser Hinsicht schon lobenswerte Versuche gemacht. Für eine den wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnissen entsprechend grosszügige landwirtschaftliche Siedlung fehlt der preussischen Regierung leider das Geld.

An zweiter Stelle der Regierungspläne steht die vorstädtische Kleinsiedlung. Durch die Ansiedlung geeigneter Erwerbslosen in den Randgebieten grösserer Städte soll es diesen Arbeiterfamilien möglich gemacht werden, sich im Laufe der Zeit einen wesentlichen Teil ihres Lebensunterhalts aus ihrer eigenen Scholle zu beschaffen. Die Durchführung der vorstädtischen Kleinsiedlung liegt in den Händen eines Reichskommissars. Diesem steht das Recht zu, falls geeignetes Land in passender Lage zu angemessenen Preisen nicht zur Verfügung steht, geeignete Grundstücke gegen angemessene Entschädigung zu enteignen. Wie gross die Grundstücke sind, die den Erwerbslosen zur Verfügung gestellt werden sollen und zu welchen Bedingungen dies geschehen soll, darüber ist bis zur Stunde Näheres noch nicht bekannt. Erst nach Kenntnis dieser Dinge wird man sagen können, ob den Absichten der Reichsregierung eine praktische Bedeutung wirklich zukommt.

Die Vorstände des ADGB und des AFA-Bundes haben sich mit den Siedlungsplänen der Reichsregierung eingehend befasst, und sie sind dabei zu folgender Auffassung gekommen:

Die Bestimmungen der Notverordnung vom 6. Oktober 1931 über Siedlungswesen sowie die zahlreichen Vorschläge zur Ansiedlung von 100 000 Erwerbslosen lassen es geraten erscheinen, vor übertriebenen Hoffnungen zu warnen, um späterer Enttäuschung vorzubeugen. Die finanzielle Notlage sämtlicher öffentlichen Verwaltungen und Körperschaften und die trostlose Lage von Millionen Erwerbslosen werden dazu zwingen, in erster Linie mit geringen Mitteln rasch wirkende Erleichterungen zu schaffen.

Die bisher im Vordergrund staatlicher Tätigkeit stehende landwirtschaftliche Siedlung ist nach Kräften weiterzuführen. Sie bedingt

aber erhebliche Geldmittel und fachliche Eignung der Siedler. Daher kann sie den städtischen Arbeitsmarkt nicht fühlbar entlasten. Die ländliche Siedlung hat vor allem den Zweck, die Erwerbslosen auf dem Lande durch Überlassung genügend grosser Siedlungsstellen zu tragbaren Bedingungen bodenständig zu machen, um der Landflucht und der damit verbundenen Überlastung des städtischen Arbeitsmarktes entgegenzuwirken.

Die bisherigen Pläne zur Durchführung von Stadtrand-siedlungen setzen ebenfalls beträchtliche Geldmittel voraus. Eine selbständige Existenz bieten sie jedoch dem Siedler nicht, weil bei der vorgesehenen Grösse der Siedlerstellen durch Bodenbearbeitung und Kleintierzucht nur ein geringer Beitrag zum Lebensunterhalt erarbeitet werden kann. Die Stadtrand-siedlung setzt also Weiterbeschäftigung des Siedlers in seinem Beruf oder den Bezug von Arbeitslosenunterstützung voraus.

In der augenblicklichen Notlage ist daher den Arbeitslosen Kleingartenland in weitestem Umfange zur Verfügung zu stellen. Der Kleingarten erfordert verhältnismässig geringe Anlagekosten, seine Bewirtschaftung keine Spezialkenntnisse, er bietet dem Erwerbslosen ein Betätigungsfeld und nach kurzer Zeit einen Nahrungsmittelzuschuss.

Voraussetzungen für eine erfolgversprechende Zuteilung von Kleingärten sind vor allem: Weiterzahlung der Arbeitslosenunterstützung, weitgehende Fahrpreisvergünstigungen für das ganze Jahr; geringer Pachtpreis und langjähriger Pachtvertrag; Betreuung, Belehrung und Belieferung durch den gemeinnützigen Reichsverband der Kleingartenvereine Deutschlands und seine Genossenschaften; Gewährung von Einrichtungsbeihilfen.

Ausserdem fordern wir eine stärkere Förderung der Kleinhaus-siedlung durch Verabschiedung des Wohnheimstättengesetzes, häufigere Anwendung des Erbbaurechtes, Beseitigung der erschwerenden Bestimmungen über Wohnungsgenehmigung, um den Baumarkt zu beleben und diese Siedlungen lebensfähig zu erhalten.

Die materielle und seelische Not der Erwerbslosen erfordert unverzügliches Handeln. Geeigneter Boden ist rings um die Städte und selbst inmitten der Wohnblocks reichlich vorhanden. Von den Verwaltungen des Reiches und der Länder, von den Magistraten und Stadtverordnetenkollegien erwarten wir, dass unter Zurückstellung bürokratischer Bedenken schnell und umsichtig gehandelt wird.

Vaterlandsverräter

Die Verschärfung der Wirtschaftskrise in den letzten Monaten ist vornehmlich auf den starken Abzug der Auslandskredite zurückzuführen. Dadurch ist die ohnehin schon grosse Kapitalknappheit noch grösser geworden. Die Folge davon ist, dass viele Betriebe keine Leihgelder mehr erhalten können und infolgedessen zum Stillstand kommen. Aber die Ausländer sind es nicht allein, die den deutschen Geldmarkt so in Unordnung gebracht haben, ein gerüttelt Mass von Schuld daran tragen die deutschen Geldleute selbst. Die deutsche Kapitalflucht war noch niemals so gross wie in dieser Zeit, wo in Deutschland alle nach Geld schreien. Über den Umfang der deutschen Kapitalverschlebung gibt es leider kein zuverlässiges Material, sie geht aber in die Milliarden: der Reichsarbeitsminister Stegerwald sprach einmal von etwa 10 Milliarden Mark. Die Länder, die mit deutschem Gelde überschwert werden, sind vor allem Holland und die Schweiz. In beiden Staaten werden die Banken von den deutschen Kapitalverschleibern geradezu überlaufen; sie bieten mehr Geld an, als die Banken annehmen können. Der Direktor einer holländischen Grossbank erklärte dem Vertreter einer deutschen Textilfirma kürzlich folgendes:

„Millionen und aber Millionen Mark sind von den Deutschen in Holland, und täglich gehen noch Millionen Mark über anderes Ausland in Holland ein. Dabei geben wir keinen Pfennig Zinsen an die Deutschen und keinen Zent Zinsen an die Holländer. Wir sind sogar so weit, dass wir für das Behalten der enormen Geldmengen etwas berechnen! Die deutsche Regierung könnte mit dem Gelde, welches die Holländer gar

nicht haben wollten, die ganze deutsche Wirtschaft in Gang bringen.“

Diese Feststellung des holländischen Bankiers ist eine vernichtende Anklage gegen jene deutschen Kapitalisten. Sie, die sich als die „Nationalen“ aufspielen, sind die gemeinsten Wirtschaftsverbrecher und Vaterlandsverräter.

Krümpersystem und Arbeitslosenunterstützung

Durch die Notverordnung vom 6. Oktober ist der § 89 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes durch einen neuen Absatz (b) ergänzt worden, der im wesentlichen folgendes besagt:

Besteht in einem Betriebe eine Vereinbarung mit dem Betriebsrat, Arbeiterrat oder Angestelltenrat, nach der in regelmässigem Wechsel ein Teil der Belegschaft vorübergehend entlassen wird oder vorübergehend die Arbeit aussetzt, so kann der Vorsitzende des zuständigen Landesarbeitsamts zwecks Entlastung des Arbeitsmarktes anordnen, dass die Ausgeschiedenen, auch wenn sie sonst nicht als arbeitslos anzusehen wären, beim Vorliegen der übrigen Voraussetzungen Arbeitslosenunterstützung erhalten. Die Anordnung soll nur erlassen werden, wenn der Wechsel in der Belegschaft nicht in grösseren als monatlichen Zeitabschnitten erfolgt und die während der Regelung im Betriebe arbeitende Belegschaft, ohne Berücksichtigung des jeweils ausgeschiedenen Teiles, nicht wesentlich geringer ist als die durchschnittliche Belegschaft der letzten Zeit. Die Arbeitslosenunterstützung darf in diesem Falle die Hälfte des sonst zuständigen Betrages nicht übersteigen.

Diese Ergänzung des § 89 will den Unternehmern die Erhaltung ihrer Stammbesetzung erleichtern, andererseits aber auch den Arbeitern ihre Arbeitsstelle sichern. Sie fördert das sogenannte Krümpersystem. Dieses System besteht darin, dass abwechselnd ein Teil der Belegschaft auf eine bestimmte Zeit beurlaubt wird. Bisher sprach man in einem solchen Falle von Werksbeurlaubung. Jetzt redet man vom Krümpersystem. Dieser Name stammt aus der Zeit vor den preussischen Freiheitskriegen. Preussen ging damals unter Umgehung der Vorschriften, die ihm hinsichtlich seiner Heeresstärke von Napoleon gemacht worden waren, dazu über, die eingestellten Soldaten nach kurzer Ausbildung wieder zu entlassen und durch neue Mannschaften zu ersetzen, die dann gleichfalls nach kurzfristiger Ausbildung wieder zur Entlassung kamen. Diese ständige Auswechslung der Soldaten nannte man das Krümpersystem. Mit dem militärischen hat das wirtschaftliche Krümpersystem nur die stete Auswechslung eines bestimmten Personenkreises gemein, sonst natürlich nichts. Immerhin wäre ein anderer Name für eine gute Sache besser gewesen.

Der gesetzliche 8-Stunden-Tag

Das Washingtoner Abkommen über den 8-Stunden-Tag ist durch die ungeheure Arbeitslosigkeit überholt. Heute fordert die Arbeiterschaft die 40-Stunden-Woche, und dabei ist auch diese Arbeitszeit noch zu lang, um für alle Arbeitslosen Beschäftigungsmöglichkeit zu schaffen. An das fast vergessene Washingtoner Abkommen wird man erinnert durch eine Veröffentlichung des Internationalen Arbeitsamts über die Ratifikationen. Hiernach haben folgende Länder dieses Übereinkommen bedingungslos ratifiziert: Belgien, Bulgarien, Chile, Griechenland, Indien, Litauen, Luxemburg, Spanien, Portugal, Rumänien und die Tschechoslowakei. Ferner liegen vier bedingte Ratifikationen vor, und zwar durch Frankreich, Italien, Lettland und Österreich. Diese Länder haben das Inkrafttreten der Ratifikation des Übereinkommens bei ihnen von der Ratifikation durch andere Länder abhängig gemacht, darunter als wichtigste Deutschland und Grossbritannien.

Die beiden wichtigsten Industrieländer, Deutschland und Grossbritannien, haben also das Washingtoner Abkommen nicht ratifiziert und damit seine allgemeine Inkraftsetzung verhindert. Dieses Verhalten ist für die deutsche Regierung nicht sehr rühmlich, darf uns aber nicht hindern, mit Nachdruck für die Einführung der 40-Stunden-Woche einzutreten.

Banken und Börsen

Im Mittelpunkt des ganzen kapitalistischen Wirtschaftssystems, gewissermassen als dessen Herzmuskel, steht das Bankwesen. Der Bank fällt die volkswirtschaftliche Aufgabe zu, alle nicht sofort zu direktem Verzehr ausgegebenen Gelder anzusammeln und die vielen Wenig als ein grosses Viel zum Ausbau des Produktionsapparates, zu dessen Neuschöpfung und Erweiterung zu verwenden. Demgemäss hat der Bankier zwei grosse Aufgaben zu erfüllen: einmal die vorhandenen Gelder aufzusaugen und zweitens sie zweckdienlich zu verwenden. Einen Teil des Geldes, meist einen kleinen Teil, hält er in seinen Kassen vorrätig, um den laufenden Zahlungsverkehr zu bewältigen. Die vorrätige Summe darf nicht zu gross sein, da sie keine Zinsen bringt, also vom Bankier verzinst werden muss.

Aus der Praxis des Bankgeschäfts

In der Praxis spielt sich das Bankgeschäft so ab, dass die Gelder zum Ausbau des Produktionsapparates der Industrie, der Landwirtschaft, den Kommunen oder sonstigen wirtschaftenden Personen oder Körperschaften entweder auf kurze Frist oder auf lange Frist geliehen werden, oder so, dass der Bankier Miteigentümer industrieller Unternehmungen wird. Als Sicherheit für kurzfristig ausgeliehene Gelder erhält die Bank den Wechsel, der meistens nur eine Laufzeit von drei Monaten hat und am Verfalltag unbedingt eingelöst werden muss, da die Wechselgesetze sehr streng sind. Als Sicherheit für langfristig hingegebenes Geld wird der Bank das Recht des Hypothekars eingeräumt. Das geschieht in den ganz überwiegend meisten Fällen derart, dass ihr Hypothekenbriefe übereignet werden, die den Namen Pfandbriefe tragen, oder soweit es sich um Industriebankhandelt, Obligationen genannt werden. Beteiligt sich hingegen der Bankier an irgendwelchen Unternehmungen, dann werden ihm die Eigentumscheine übergeben, die bei der Aktiengesellschaft Aktie, bei der bergmännischen Gewerkschaft Kux und bei der Gesellschaft mit beschränkter Haftung Anteilscheine heissen. Alle diese Papiere kann der Bankier für sein Institut oder auch für bestimmte Kunden, die ihm ihr Geld vertraut haben und es ausdrücklich wünschen, an der Wertpapierbörse erwerben. Die Bank ist demnach ein Unternehmen, das ungeheuer viel Schulden hat, nämlich an alle, die Geld eingezahlt haben. Und diesen Schulden steht gegenüber ein allerdings noch grösserer Besitz an Wertpapieren aller Art.

Wenn jetzt die Kunden ihr Geld zurückhaben wollen, dann hat der Bankier zwei Möglichkeiten, sich dieses zu beschaffen. Er verkauft an der Börse so viel Wertpapiere, wie er Geld notwendig hat. Das ist der erste Weg. Der zweite besteht darin, dass er die Wertpapiere oder einen Teil derselben bei der Reichsbank hinterlegt, die ihm bis zu einem gewissen Prozentsatz diese Papiere beleihet, also Bargeld dafür gibt. Wenn er der Reichsbank sichere Wechsel hinterlegt, dann muss er das Geld, das er von ihr bekommen hat, zu dem Reichsbankdiskont verzinsen, der öffentlich bekannt ist. Hinterlegt er dagegen andere Wertpapiere, die nicht wie der Wechsel sehr schnell fällig sind, dann muss er für das erhaltene Geld einen etwas höheren Zinssatz, den sogenannten Lombardsatz, zahlen. So weit das Allgemeingültige aus der Banktechnik.

Bankkrach

Nun hatten wir einen Bankier, dem die zweitgrösste deutsche Bank gehörte. Um wen es sich handelt, ist damit schon klar, um Jakob Goldschmidt und die Danatbank. Jakob Goldschmidt hatte sich im Auslande mehrere Milliarden Mark kurzfristig geliehen und diese Gelder in Deutschland langfristig angelegt. Als die Franzosen den Hoover-Plan nicht sofort annahmen, sondern in Paris erst darüber verhandelt wurde, kündigten die ausländischen Gläubiger der Danatbank die kurzfristigen Gelder. Ein Unglück kommt selten allein. Das bekam in diesen Tagen auch die Danatbank zu spüren. Jakob Goldschmidt hatte ein Riesenaktienpaket der Nordwolle in Besitz. Dieser Konzern, geführt von Verbrechern, die die Bilanzen fälschten, Luxus Schlösser erbauten und das Geld über eigens dafür geschaffene

Tochtergesellschaften ins Ausland verschoben, brach zusammen, wodurch der Danatbank riesige Verluste entstanden. Sie wurde zahlungsunfähig und musste ihre Schalter schliessen. Das war an einem Sonnabend. Am darauffolgenden Montag standen vor allen deutschen Banken und Sparkassen die Einleger Schlange, um ihr Geld abzuheben.

Der Zusammenbruch der zweitgrössten deutschen Bank hatte das Sparerpublikum aufgeschreckt. Jeder suchte zu retten, was noch zu retten war. Wo sollten aber Banken und Sparkassen so plötzlich das viele Geld hernehmen? Die Reichsbank nahm nur in ganz beschränkter Masse Wertpapiere als Lombard an, denn hätte sie alle diesbezüglichen Wünsche erfüllt, so wäre der Umlauf an Banknoten um mehrere Milliarden gestiegen. Damit aber würde die im Reichsbankgesetz vorgeschriebene 40prozentige Golddeckungsgrenze unterschritten worden sein und das Ausland hätte die Notierung der deutschen Mark eingestellt. Das eben wollte der Reichsbankpräsident vermeiden, und er nahm nur ganz wenig Wertpapiere zum Umtausch in Banknoten entgegen. blieb noch der zweite Weg der Geldbeschaffung, der Verkauf von Wertpapieren an der Börse.

Börsen und Aktienkurse

Hätten an dem kritischen Montag alle Banken und Sparkassen ihre Wertpapiere an der Börse zum Verkauf angeboten, dann hätten wir den grössten Börsenkrach erleben können, den die Geschichte des kapitalistischen Wirtschaftssystems überhaupt kennt. Das ungeheuerlich grosse Angebot an Wertpapieren aller Art, dem nur eine ganz bescheidene Nachfrage gegenüberstand, hätte die Wertpapiere nahezu vollkommen entwertet. Damit aber würden die Guthaben der Banken und Sparkassen vernichtet worden sein, und kaum eine hätte das überstanden, sondern fast alle wären pleite gegangen. Das sollte verhütet werden, weshalb schon am Montag, also dem ersten Geschäftstage nach dem Bekanntwerden des Zusammenbruchs der Danatbank, die deutschen Wertpapierbörsen geschlossen wurden. So blieb es dann sechs Wochen, und in dieser Zeit wusste kein Inhaber von Wertpapieren, wie reich, oder besser, wie arm er eigentlich war. Der Kurszettel, der ihm jeden Tag über die Höhe seines Vermögens Auskunft gab, erschien in keiner Handelszeitung mehr.

Dann wurde nach mehrwöchiger Pause und nach Inkraftsetzung aussergewöhnlicher Vorsichtsmassnahmen die Börse wieder eröffnet. Als besondere Regelung der Vorsicht wurde das sogenannte Repartierungssystem eingeführt. Dieses besteht darin, dass dem Aktienverkäufer bei einer Repartierungsquote von 10 Prozent von 10 Aktien jedesmal nur eine abgenommen wurde. Dadurch wurde das zu erwartende grosse Angebot sehr stark eingeschränkt. Trotzdem sanken die Kurse ausserordentlich stark. Ein Beispiel mag das veranschaulichen. Die Aktien des grössten deutschen Unternehmens, der Vereinigten Stahlwerke AG., notierten im Jahre 1927 schon einmal mit 160, das heisst: eine Stahlwerkaktie im Nennwerte von 1000 Mk. kostete 1600 Mk.

Bei der Wiedereröffnung der Börse konnte man sie zum Kurse von 27, also zu einem Preise von 270 Mk. kaufen, und später sank ihr Börsenpreis sogar bis auf 190 Mk. je Aktie. So ähnlich ging es allen Papieren. Auch die Kurse der festverzinslichen Werte, also der Anleihen, Pfandbriefe und Obligationen, fielen ungewöhnlich stark. An einem Tage erholten sie sich um wenige Punkte, um dann wieder um so stärker zu fallen. Als dann England sich von der Goldwährung lossagte, wurden die deutschen Effektenbörsen erneut geschlossen. Das war am 21. September.

Banken beherrschen die Wirtschaft

Insgesamt verfügen die deutschen Aktiengesellschaften über ein Nominalkapital von 24,2 Milliarden Mark. Das Institut für Konjunkturforschung nimmt an, dass sich die darauf laufenden Aktien in folgenden Händen befinden:

Banken, Versicherungsgesellschaften u. sonstige Aktiengesellschaften	Mrd. RM.	v. H. des gesamten Aktienkapitals
Gesellschaften m. b. H.	7,3	30
Andere Unternehmungen	2,4	10
Öffentliche Hand	2,4	10
Ausland	2,4	10
Freier Besitz	6,8	28
Insgesamt	24,2	100

Mehr als 12 Milliarden oder die Hälfte aller Aktien befinden sich im Besitz von Banken, Versicherungsgesellschaften, sonstigen Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung und sonstigen Unternehmungen. Sie erscheinen dort auf der Aktivseite der Bilanzen unter der Rubrik „Wertpapiere und Beteiligungen“. Das Handelsgesetzbuch schreibt vor, dass Aktien oder sonstige Wertpapiere entweder zu dem Erwerbswert oder zu dem Kurswert, sofern dieser unter dem Erwerbswert liegt, in die Bilanz eingestellt werden sollen. Geschieht das in den nächstfälligen Bilanzen, so werden allein dadurch erhebliche Verluste entstehen, die bei vielen Unternehmungen den Konkurs zur Folge haben dürften. Hier rächt sich ein überstürztes, nie enden wollendes Konzentrieren, das in der deutschen Wirtschaft während der letzten Jahre Platz gegriffen hatte. Es erhebt sich die Frage, ob es mit den Interessen der Allgemeinheit vereinbar ist, einer dadurch bedingten Wertvernichtung freien Lauf zu lassen. Es handelt sich hier nicht mehr um eine Umwertung der Werte, sondern um deren Vernichtung. Sollen nicht einem Wiederaufstieg unüberwindbare Schwierigkeiten in den Weg getürmt werden, so ist die Erhaltung dieser wirtschaftlichen Kapazität vonnöten, was, wenn nicht anders, so durch staatliche Übernahme erstrebt werden muss.

Bankenkontrolle

Der Urgrund der ganzen Finanz- und Börsenkrise liegt bei dem Unvermögen eines Grossbankiers. Die Tatsache, dass es von der Fähigkeit oder Unfähigkeit eines einzelnen Menschen abhängt, ob Hunderttausende seiner Volksgenossen Brot und Arbeit behalten, zeigt, wie meilenweit wir noch von dem Zustand, den wir als Wirtschaftsdemokratie bezeichnen, entfernt sind. Hier ist eine Begründung für die Notwendig-

keit des Einbaues wirtschaftsdemokratischer Kontrollinstanzen gegeben, wie sie klarer überhaupt nicht gegeben werden kann. Die Notverordnung über die Bankenaufsicht ist ein Anfang dazu, ein Sieg des Prinzips, den es nun gilt auch zu einem Siege über die kapitalistische Geldanarchie auszugestalten. F. V.

Mordlüsterne Nazis

Die Mordhetze der nationalsozialistischen Führer hat blutige Früchte gezeitigt. Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht die Zeitungen von Überfällen berichten, die von nationalsozialistischen Rowdys auf friedliche Bürger unternommen wurden, wobei es oft genug Tote und Schwerverletzte gibt. Dabei gehen die Mordbuben meist mit viehischer Roheit zu Werke, wie bei der Ermordung des kommunistischen Bürger-schaftsmitgliedes Henning in Hamburg. Wie sich jetzt bei der Verhandlung gegen die nationalsozialistischen Mordbuben herausstellt, hatten diese den Mordbefehl von ihren Vorgesetzten erhalten. Von der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei organisiert war der Pogrom am Kurfürstendamm in Berlin, und als vorläufige Spitzenleistung ist der Überfall auf die Arbeiterschaft der Stadt Braunschweig zu verzeichnen. Der Naziminister Klagges in Braunschweig wird sich von der Mitschuld an dem Blutbad, das die Hakenkreuzhorden angerichtet haben, nicht reinwaschen können. Spricht doch dieser Ehrenmann öffentlich von der Arbeiterschaft als von dem „marxistischen Mob“, der in seine Schlupfwinkel zurückgedrängt werden soll.

Aber warum soll sich Klagges Zurückhaltung auferlegen, wenn sein oberster Chef vor dem Reichsgericht ankündigen kann, dass bei der Errichtung seines Dritten Reiches „Köpfe in den Sand rollen werden“. Solche blutrünstigen Reden des wegen Hochverrats verurteilten Hitler haben aber nicht verhindert, dass er vom Reichspräsidenten empfangen wurde und dass er wiederholt mit dem Chef der Reichswehr, dem General v. Schleicher, verhandeln konnte.

Die Hakenkreuzler glauben sich ihrem Ziele nahe, und daher finden ihre obersten Führer den Mut, auch öffentlich von ihren Plänen zu reden. Der unrühmlich bekannte Dr. Frick, der während des Krieges seinem Könige weit vom Schuss in Pirmasens gedient und später als Naziminister in Thüringen gewirtschaftet hat, erzählte kürzlich in einer Versammlung in Frankfurt a. d. Oder von den Plänen der Nazis:

„Nach dem vorbildlichen italienischen Muster“ werden die Nationalsozialisten 24 Stunden nach ihrer Machtergreifung den Marxismus mit Stumpf und Stiel ausrotten, was nicht durch Polizei oder auf gesetzlichem Wege, sondern durch den „Volkszorn“ geschehe, wobei natürlich einige Zehntausende von marxistischen Funktionären zu Schaden kommen werden.“

Diese Drohung kann nicht missverstanden werden. Der Nazi-Häuptling lechzt nach Arbeiterblut. Das soll uns aber nicht schrecken. Vor dem grossen Maul der Nazis kriecht die Arbeiterschaft nicht ins Mauseloch, aber die Mordhetze verpflichtet die Arbeiterschaft und die Republikaner zu erhöhter Wachsamkeit. Wenn die Hitler, Frick und Konsorten versuchen sollten, nach dem „vorbildlichen italienischen Muster“ die Macht zu ergreifen, dann werden sie die Arbeiterschaft auf dem Posten finden.

Abschaffung der Arbeitslosenversicherung

Der Vorstand des Reichsstädtebundes (das ist die Vertretung der kleineren Städte, während die grossen Städte im Deutschen Städtetag vereinigt sind) hat sich dem Beschluss des Landgemeindetages angeschlossen, der schon vor einigen Wochen die vorübergehende Aufhebung der Arbeitslosenversicherung gefordert hat.

Die menschenfreundlichen Gemeindevertreter wollen die Unterstützung der Arbeitslosen nicht ganz beseitigen, sondern nur den Rechtsanspruch darauf. Mit der Beschränkung der Unterstützung auf die Bedürftigen hoffen sie aber, Mittel für andere Finanzausgaben der Gemeinden frei zu bekommen. Man möchte also die Gemeindekassen auf Kosten der Arbeitslosen sanieren. Ein gefährlicher Plan, dessen Verwirklichung zu bösen Folgen führen würde.

Faschistische Drohungen



„Wir werden den Marxismus mit Stumpf und Stiel ausrotten.“



Die organisierte Arbeiterschaft ist der Fels, an dem der Faschismus zerschellt.



Aus dem Verbandsleben



Unser Almanach für 1932

Der Beschluss des Vorstandes im Jahre 1899, einen Almanach für die Mitglieder herauszugeben, entsprach einem praktischen Bedürfnis. Das beweist die Aufnahme, die der Almanach in den 32 Jahren seither gefunden hat. Die Auflage musste von Jahr zu Jahr erhöht werden, um die steigende Nachfrage aus den Reihen der Verbandsmitglieder befriedigen zu können. Auch der Almanach für 1932 wird sicher eine gute Aufnahme finden. Vielen Kollegen und Kolleginnen wird es in diesem Jahre freilich schwerfallen, die 80 Pf., die der Almanach für 1932 kostet, für diesen Zweck erübrigen zu können; wer es aber nur irgendwie kann, wird es tun, denn wer den Almanach einmal kennengelernt hat, verzichtet ungern auf ihn.

Der Almanach ist kein Buch, das man liest und dann in eine Schrankecke stellt, ihn muss man täglich zur Hand haben, weil er Ratschläge und Winke für den Tag im Heim und in der Werkstatt enthält. Wer zum Beispiel in einer Lohnstreitigkeit oder in einer Lohnsteuerfrage eine Auskunft sucht, der findet sie mit grosser Wahrscheinlichkeit im Almanach. Gar vielen Verbandsmitgliedern schon war er ein treuer Helfer, bewahrte sie vor Schaden, gab ihnen in vielen Fragen einen guten Rat. Dieser Rat brachte in der Regel weit mehr ein, als der Almanach gekostet hatte. Dafür ein Beispiel: Vor etwa einem Jahre schrieb ein Kollege, dass er seit längerer Zeit einen festen Wochenlohn von 42,60 Mk. habe. Der Unternehmer ziehe ihm jede Woche 1,30 Mk. Steuer ab. Aus dem Almanach ersehe er nun, dass er bei seinem Familienstande nur 1,15 Mk. zu zahlen brauche. Er habe seinen Meister auf die Lohnstuentabelle im Almanach aufmerksam gemacht und dieser habe sich beim Finanzamt erkundigt, ob diese Angaben stimmten, was von den Beamten selbstverständlich bejaht worden sei. Jetzt zahle er jede Woche 15 Pf. weniger Steuern. „Hätte ich“, schrieb der Kollege weiter, „mir schon früher einen Almanach gekauft, dann hätte ich allein in diesem Jahre 3,15 Mk. an Lohnsteuer gespart.“

Der Almanach will ein Nachschlagewerk für das tägliche Leben des Holzarbeiters sein. Aus ihm sollen die Mitglieder und die Verbandsfunktionäre erfahren, wie unser Holzarbeiter-Verband und die anderen Gewerkschaften sich entwickelt haben. Der Abschnitt „Aus der Entwicklung und Tätigkeit des Verbandes“ enthält eine Unmenge von Material über die Mitgliederentwicklung insgesamt, nach Branchen und Gauen, über die Unterstützungsleistungen und die Lohn- und Tarifkämpfe. In der „Übersicht über die deutschen Gewerkschaften“ sind die neuesten Mitgliederzahlen der drei grossen Richtungen gegenübergestellt; ferner enthält sie die Mitgliederzahlen aller freien Gewerkschaftenverbände.

Der „Lohnsteuer-Berater“ ist auf den neuesten Stand gebracht worden. Es gibt kaum eine Lohnsteuerfrage, die hier nicht ihre Antwort findet. Die Tabelle zum Ablesen der Lohnsteuer enthält auch die Steuersätze des Ledigenzuschlages und die der Krisenlohnsteuer.

Auch das „Lexikon des gewerblichen Rechts“ ist umgearbeitet worden, so dass es die verschiedensten Streitfragen von der augenblicklich gültigen Rechtslage aus behandelt. Dieses Kapitel des Almanachs ist für den Arbeiter und den Arbeitsrichter die reine Fundgrube.

Manche Leute glauben ihre Bildung damit beweisen zu können, dass sie recht viel Fremdwörter gebrauchen. Das ist grundfalsch. Ein wirklich Gebildeter wird Fremdwörter nur da anwenden, wo die deutsche Sprache keine gleichwertigen Ausdrücke besitzt. Das ist in der Fachsprache des Handwerks, der Wissenschaften und der Politik der Fall. Der Leser von Zeitungen, wissenschaftlichen und politischen Büchern stösst oft auf Wörter, deren Bedeutung er

nicht kennt. Er muss, will er sie verstehen, ein Fremdwörterbuch zur Hand nehmen. Da die meisten Arbeiter ein solches nicht besitzen, hat der Almanach für 1932 es unternommen, etwa 300 der sehr häufig vorkommenden Fremdwörter und politischen Schlagwörter zu erklären. Dieser Abschnitt des neuen Almanachs wird seinen vielen alten Freunden besonders willkommen sein.

Aus dem weiteren Inhalt des Almanachs seien noch folgende Abhandlungen erwähnt:

Hilfstabellen für Modelltischler — Holzmasse, Vergleiche von inländischen und ausländischen Massen — Gewichtstabelle für Holz — Gegenüberstellung verschiedener Mass- und Gewichtseinheiten — Unser Kampflied: Die Internationale — Mehrfarbige Landkarte von Deutschland.

Der Almanach kostete in den letzten Jahren 1 Mk. Jetzt ist sein Preis auf 80 Pf. herabgesetzt worden. Dieser Preis gilt für Verbandsmitglieder bei Bestellung durch ihre Ortsverwaltungen.

Verwaltungsstelle Roth bei Nürnberg

Vor 25 Jahren, an einem schönen Sonntag, traten 18 Kollegen zusammen, die den Beschluss fassten, eine Verwaltungsstelle des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes zu errichten. Wie in anderen kleinen Industrieorten, so waren auch bei uns die Verhältnisse sehr ungünstig. Es gab hier nur Kleinmeister, die nur ein bis zwei Gehilfen beschäftigten. Die erste Aufgabe, die sich die Kollegen stellten, war die Verkürzung der Arbeitszeit; wurde doch noch allgemein 65 bis 70 Stunden in der Woche gearbeitet. Nach hartem, zähem Ringen erreichten wir endlich die 60stündige Arbeitszeit. Als die Kollegen einsahen, dass es mit Hilfe des Verbandes vorwärtsging, schlossen sich auch die Kollegen von Georgensgmünd unserer Verwaltungsstelle an. Doch konnte einige Jahre später dort eine selbständige Verwaltungsstelle errichtet werden. Die Kollegen, die fest zu ihrem Verbandsstandes hatten es nicht leicht, sich am Ort zu halten, da hier kein grösserer Betrieb bestand. So musste mancher Kollege zum Wanderstab greifen oder in der nahen Grossstadt Nürnberg Arbeit suchen. Aber unsere Ortsgruppe hielt stand. Von den 18 Gründungsmitgliedern sind noch vier Kollegen vorhanden, die auf eine 25jährige Mitgliedschaft zurückblicken können. Ihnen überreichte der Gauvorsteher anlässlich der bescheidenen Feier, die wir veranstalteten, das vom Vorstand gestiftete Diplom. Unsere Verwaltungsstelle hat sich gut entwickelt; sie zählt jetzt 52 Mitglieder.

Den Alten zur Ehr'



Mitglieder und langjährige Funktionäre der Verwaltungsstelle Roth bei Nürnberg. Kollege Mathold bekleidet seit 25 Jahren das Kassiereramts in vorbildlicher Treue. Die anderen Kollegen gehören der Ortsverwaltung über 20 Jahre an. Kollege Knoll ist seit 13 Jahren Vorsitzender der Verwaltungsstelle.

Den Jungen zur Lehr'

Holzgewerbe in Bayern

Die am 22. Oktober vor dem Schlichter geführten Verhandlungen haben, wie wir berichteten, mit einem Schiedsspruch gendend, der den Tariflohn an der Spitze um 6 Pf. herabsetzt. Ab 24. Oktober beträgt er in München 109 Pf., in den Ortsklassen II bis V 104, 99, 94 und 88 Pf. Dieser Lohn ist erstmalig zum 31. Januar 1932 kündbar. An den Verhandlungen, die zu diesem Schiedsspruch führten, waren die Arbeitgeberverbände in Nordbayern und in Südbayern beteiligt. Der Arbeitgeberverband für Nordbayern hat den Schiedsspruch angenommen, aber der für Südbayern hat ihn abgelehnt. Gegen ihn richtet sich also der von unseren Kollegen gestellte Antrag auf Verbindlicherklärung. Ausser den beiden Arbeitgeberverbänden gibt es in Bayern aber auch noch einen Innungsverband, den Verband bayerischer Schreinermeister. Er war bisher an den Vertragsabschlüssen nicht beteiligt, seine Mitglieder unterstanden den Vertragsbedingungen nur infolge der Allgemeinverbindlichkeit, die jedoch für das letzte Lohnabkommen nicht ausgesprochen wurde. Deshalb musste jetzt mit dem Landesverband gesondert verhandelt werden. In den am 2. November vor dem Schlichter geführten Vorverhandlungen war eine Verständigung nicht zu erzielen. Es muss also eine Schlichterkammer gebildet werden, vor welcher am 9. November verhandelt wird.

Lippe-Deimold

Über den Bezirk Lippe-Deimold haben wir in der vorigen Nummer unter der Überschrift „Verschleppungsmanöver“ berichtet und mitgeteilt, dass der Schlichtungsausschuss Bielefeld, an den der Schlichter den Streitfall schliesslich verwiesen hatte, Verhandlungstermin auf den 29. Oktober anberaumt hat. Dort ist es aber nicht zu Verhandlungen gekommen, vielmehr hat der Schlichter für Westfalen die Sache später doch wieder an sich gezogen. Unter dem Vorsitz von Professor Dr. Brahn wurde endlich am 4. November in Dortmund verhandelt. Das Ergebnis war eine Vereinbarung, die aber noch der Zustimmung der

beiderseitigen Organisationen unterliegt. Hiernach wird der Mantelvertrag für das deutsche Holzgewerbe vom 5. Juni 1929 wieder in Kraft gesetzt. Der Spitzenlohn beträgt ab 6. November 91 Pf. Die Löhne der in den Holzwarenfabriken, Stuhl- und Gestellfabriken für Stapelware beschäftigten Arbeiter sind um 5 Prozent niedriger. Die Vereinbarung ist erstmalig zum 1. März 1932 kündbar.

Provinz Brandenburg

Am 2. November wurde vor dem Schlichtungsausschuss in Frankfurt an der Oder mit dem Landesverband Brandenburg im Arbeitgeberverband über ein neues Lohnabkommen für das Holzgewerbe verhandelt. Das Ergebnis war ein Schiedsspruch, durch welchen der Vertragslohn an der Spitze in den Ortsklassen I bis III um 6 Pf., in den anderen Ortsklassen um 5 Pf. herabgesetzt wird. Hiernach betragen die Vertragslöhne an der Spitze ab 23. Oktober in den sechs Ortsklassen 105, 100, 94, 89, 83 und 79 Pf. Dieser Tarif soll erstmals zum 31. Januar kündbar sein.

Schleswig-Holstein

Die am 4. November unter dem Vorsitz des Schlichters Dr. Stenzel mit dem Tischlerinnungsverband geführten Verhandlungen endeten mit einem Schiedsspruch, der gleichlautend ist mit der Vereinbarung, die am 24. Oktober mit dem Landesverband Schleswig-Holstein und Lübeck des Arbeitgeberverbandes getroffen wurde.

Südwestdeutsche Bürsten- und Pinselindustrie

Der am 13. Oktober vom Schlichtungsausschuss Freiburg i. Br. gefällte Schiedsspruch, der den Mantelvertrag mit Wirkung bis 30. April 1932 wieder in Kraft setzt und die Spitzenlöhne in den drei Ortsklassen auf 75, 68 und 62 Pf. mit Wirkung bis 31. Januar 1931 bemisst, ist von beiden Parteien angenommen und damit in Kraft getreten.

Mit Captainian dieser Nummer ist der 46. Wochenauslieferung fällig

Ein Held vom Dritten Reich

Am Tage des preussischen Volksentscheids, am 9. August d. J., wurde die Siedlung Neu-Lagow, in der hauptsächlich organisierte Arbeiter wohnen, von einer Horde Nazis überfallen; der Bevollmächtigte unserer Verwaltungsstelle Lagow in der Neumark, Kollege Paul Müller, wurde dabei übel zugerichtet. Mit einem schweren Messerstich im Rücken musste er ins Krankenhaus gebracht werden. Wir haben darüber in Nummer 34 der „Holzarbeiter-Zeitung“ berichtet. Kollege Müller, der eine Verletzung des Rückgrats erlitten hatte, ist auch jetzt noch nicht wiederhergestellt.

Der feige Messerheld, der die Tat vollbracht hat, hatte sich nun vor dem Schöffengericht in Frankfurt a. d. Oder zu verantworten. Es ist ein 27jähriger Anton Gierock, der typische „Rauhe Kämpfer“ aus der nationalsozialistischen Bürgerkriegsarmee. Der Kerl hat bereits 6½ Jahre wegen gemeiner Verbrechen hinter Gefängnismauern zugebracht. Sein Strafregister enthält Strafen wegen einfachen und schweren Diebstahls, wegen Unterschlagung, auch wegen Kinderschändung unter Gewaltanwendung. Kurzum, er hat den Befähigungsnachweis für die Aufnahme in die Hitlerischen Mörderbanden in vollem Masse erbracht. Das Gericht ist mit dem Halunken recht gnädig umgegangen; er ist mit einem Jahr und einem Monat Gefängnis davongekommen.

Bestrafte Überschreitung der Arbeitszeit

Der Möbelfabrikant Alfter in Erpel liess zur Bewältigung seiner Aufträge tüchtig Überstunden schieben, auch die jugendlichen Arbeiter mussten täglich länger als zehn Stunden arbeiten. Vom Amtsgericht Linz a. Rh. wurde der Fabrikant zu 300 Mk., sein Geschäftsführer Kolk zu 100 Mk. Geldstrafe verurteilt. Ausserdem wurden ihnen wegen Vergehens gegen die Gewerbeordnung 30 Mk. bzw. 10 Mk. Geldstrafe zudiktieren. Das ist eine recht gelinde Strafe. Wer in dieser Notzeit, statt Arbeitslose zu beschäftigen, seine Arbeiter zur Leistung von Überstunden anhält, hätte es verdient, weit schärfer angefasst zu werden.



Holzindustrie



Aus der Kleinmusikinstrumentenindustrie

Die Kleinmusikinstrumentenindustrie umfasst die Herstellung von Harmoniken und Orchesterinstrumenten einschliesslich der Saiten. Verglichen mit vielen anderen Fertigungsindustrien ist die Kleinmusikinstrumentenindustrie ein kleiner Wirtschaftszweig, ihre besondere Bedeutung ist aber dadurch gekennzeichnet, dass mehr als drei Viertel ihrer Gesamtzeugung ins Ausland gehen; sie ist eine ausgesprochene Ausführungsindustrie. Diesem Umstande ist es auch zu verdanken, dass sie in die grosse Untersuchung über die Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft einbezogen wurde. Das Ergebnis der Arbeit des Enquete-Ausschusses liegt jetzt in einem stattlichen Buche von 240 Seiten vor. An den Beratungen des Enquete-Ausschusses waren auch mehrere Vertreter unseres Holzarbeiter-Verbandes beteiligt. Im folgenden beginnen wir mit einer kritischen Betrachtung der Untersuchungsergebnisse.

I. Umfang und Standorte der Industrie.

Die Betriebszählung im Juni 1925 ergab für die Kleinmusikinstrumentenindustrie 6704 Betriebe mit 21 044 Beschäftigten. (Bei dieser wie bei allen folgenden Beschäftigtenzahlen ist zu beachten, dass sie nur die ständig erwerbsmässig beschäftigten Personen enthalten; von der amtlichen Statistik nicht mit erfasst sind die einige Tausend zählenden mithelfenden Frauen und Kinder in der Heimarbeit.) Im Jahre 1907 wurden bei der damaligen Betriebszählung 5230 Betriebe mit 15 552 Beschäftigten ermittelt. In der Zeit von 1907 bis 1925 erhöhte sich also die Zahl der Betriebe um 1474 oder 28,2 Prozent und die Zahl der Beschäftigten um 5492 oder 35,3 Prozent. Von dieser Ausweitung wurden die einzelnen Gruppen der Industrie sehr unterschiedlich betroffen. In der Harmonikabranche erhöhte sich die Zahl der Betriebe und Beschäftigten um fast 80 Prozent, in den anderen Branchen dagegen nur um etwa 8 bis 10 Prozent.

Im Jahre 1928 gab es nach den Feststellungen des Enquete-Ausschusses etwa 3000 Betriebe mit rund 20 000 Beschäftigten. In der Zahl der Betriebe ist das Hausgewerbe der Orchesterinstrumentenbranche mit ungefähr 1800 Werkstätten enthalten. Scheidet man das Hausgewerbe aus, dann verbleiben für die industrielle Produktion noch etwa 1200 Betriebe mit 18 000 Beschäftigten. Die Abweichungen gegen die amtlichen Zahlen beziehen sich in der Hauptsache auf die Zahl der Betriebe, was sich daraus erklärt, dass die Heimarbeiterwerkstätten von den Sachverständigen der Arbeiter- und der Unternehmerverbände im Gegensatz zur amtlichen Statistik nicht als Betriebe gezählt werden. Der kleine Unterschied in bezug auf die Beschäftigtenzahl ergibt sich aus dem Rückgang der Industrie von 1925 bis 1928. Inzwischen hat der Rückgang weitere Fortschritte gemacht; heute beschäftigt die Kleinmusikinstrumentenindustrie keine 15 000 Personen mehr, und ein grosser Teil davon sind auch noch Kurzarbeiter.

Der Hauptsitz der Kleinmusikinstrumentenindustrie ist das obere Vogtland (Freistaat Sachsen). Hier stehen

82,8 Prozent aller Betriebe und arbeiten 63,6 Prozent aller Beschäftigten. An zweiter Stelle kommt Trossingen in Württemberg. Hier stehen 5,5 Prozent der Betriebe und arbeiten 21,4 Prozent der Beschäftigten. Der Rest der Betriebe und der Beschäftigten verteilt sich auf das übrige Reich. Aus der untenstehenden Tabelle ist die standortliche Gliederung der einzelnen Branchengruppen ersichtlich.

Was die Standorte der Branchengruppen anbelangt, so ist die Harmonikabranche der Zahl der Beschäftigten nach mit der reichlichen Hälfte im Freistaat Sachsen, und hier im Bezirk Klingenthal, konzentriert, und mit einem Drittel im Freistaat Württemberg, das heisst im Bezirk Trossingen. Beide Bezirke zusammen beherbergen fast neun Zehntel aller Harmonikarbeiter. Wenn die Klingenthaler Harmonikindustrie auch zahlenmässig stärker ist als die Trossinger, so hat sie im inländischen und ausländischen Konkurrenzkampf doch nicht die Bedeutung wie jene. Im Klingenthaler Bezirk gibt es auch heute noch einige hundert Harmonikfabrikanten, von denen einer den anderen mehr oder weniger offen und heftig bekämpft, die Trossinger Industrie dagegen besteht eigentlich nur aus einem Unternehmen, der Matthias Hohner AG. Im Freistaat Thüringen hat die Harmonikabranche ihren Sitz in den Bezirken Altenburg und Gera. Das Produktionszentrum der Streich- und Zupfinstrumentenbranche ist der Bezirk Markneukirchen im Freistaat Sachsen; hier arbeiten fast drei Viertel aller Saiteninstrumentenmacher. Einige Bedeutung hat noch Mittenwald in Bayern; hier arbeiten heute vielleicht 50 bis 70 Geigenmacher. Nicht ganz so stark konzentriert wie die Harmonika- und die Streich- und Zupfinstrumentenbranche ist die Herstellung von Blas- und Schlaginstrumenten. Aber auch von den Beschäftigten dieser Branche arbeiten mehr als die Hälfte im Bezirk Markneukirchen. Der Rest verteilt sich über das ganze Reich; grössere Betriebe gibt es in Altenburg, Dresden, Eisenach, Gera, Kassel, Marienberg und Weissenfels.

Von den 2846 Betrieben mit 6548 Beschäftigten der Streich- und Zupfinstrumentenindustrie kommen etwa 160 Betriebe und 2100 Beschäftigte auf die Herstellung von Saiten. Davon entfallen gut 90 Prozent auf Markneukirchen und Umgebung. Ausser im oberen Vogtland gibt es noch in Oberwiesenthal und in Offenbach a. M. einige grössere Saitenfabriken. Hergestellt werden in der Hauptsache Darmsaiten aus Schafdärmen (vereinzelt auch aus Ziegen- und Rinderdärmen; die aus diesem Material hergestellten Saiten sind jedoch minderwertig) für Musikzwecke.

Die Standorte der einzelnen Zweige der deutschen Kleinmusikinstrumentenindustrie sind historisch zu erklären. In der Gegenwart kann allgemein die Arbeitsorientierung als entscheidender Faktor gelten. Ein gewisser Hang zur Bastelei, musikalisches Gehör und in Verbindung damit weitgehende Genügsamkeit der Bevölkerung sind die Merkmale, die die Entwicklung der Kleinmusikinstrumentenindustrie besonders im sächsischen Vogtland begünstigt haben. Für das Produktionsgebiet Trossingen war entscheidend, dass durch die Schwarzwälder Uhrenindustrie

ein Arbeiterstamm vorhanden war, der sich durch grosse mechanische Geschicklichkeit auszeichnete. Neben diesen Bedingungen der Arbeitskraft sind immer die Persönlichkeiten einzelner Unternehmer für die Weiterentwicklung der Industrie von entscheidender Bedeutung gewesen. (Fortsetzung folgt.)

Rationalisierung im Modellbau

Der Aufsatz unter vorstehender Überschrift in Nummer 40 der „Holzarbeiter-Zeitung“ hat uns einige Zuschriften eingebracht. Nachstehend veröffentlichen wir die des Obmanns der Dresdener Modelltischler-Sektion, Kollegen Höse:

Die Ausführungen des Kollegen Dankert können nicht un widersprochen bleiben. Wohl in keinem anderen Berufe hat die Rationalisierung so verheerend gewirkt wie im Modellbau. Und trotzdem scheint es manchem Kollegen noch nicht schnell genug zu gehen. Wenn man beobachten kann, dass, obwohl die Metallindustrie annähernd normalen Geschäftsgang hat, zwei Drittel unserer Kollegen arbeitslos sind, gibt das zu denken. An diesem Zustand sind aber am allerwenigsten die Din-Normen schuld, sondern das allzuoft angewandte Schweissverfahren und die Ausführungen in Spritzguss.

Nicht der Modelltischler allein wird überflüssig, auch der Former wird zum grossen Teil verschwinden. Man kann z. B. beobachten, dass die Produktion eher gestiegen ist, aber die Arbeitskräfte sind weniger geworden, ganz besonders im Modelltischler- und Formerberuf, eben auf Grund angeführter Verfahren. Trotz höherer Produktion hat man hier am Orte schon fünf grössere Giessereien stillgelegt. Das ist eine Folge des Schweiss- und Spritzverfahrens oder der Rationalisierung des Modellbaues und der Formerei. Alle Modelle für nun einmaligen Abguss — das waren immer die meisten — fallen weg, da kein Abguss nötig ist, sondern durch Schweissung der einmalige Abguss ersetzt wird. Andernfalls wieder, werden viel Abgüsse gebraucht, so werden wieder nicht wie früher mehrere Modelle und deren Reparaturen benötigt, sondern es werden Gipsplatten für Formmaschinen hergestellt. Nach neuerem Verfahren spritzt man die Massenabgüsse in Formen. Dabei spart man an Guss und bei beiden Systemen die Arbeitskraft der Modelltischler und der Former. Etwa die Hälfte der Modelltischler wird dadurch aus dem Produktionsprozess ausgeschaltet.

Eine weitere Rationalisierung des Modellbaues entsteht durch die ganz raffinierte Ausnutzung der Holzbearbeitungsmaschine der Modelltischler. Über diese Frage macht der Aufsatz in Nummer 40 ganz zutreffende Ausführungen. Und der Unternehmer erhöht seinen Profit noch ausserdem durch Verwendung von möglichst nur jungen Arbeitskräften, die er nach dem Tarifvertrag geringer entlohnen kann.

Durch die Modellkarateien, die ja schon längere Jahre in den Betrieben bestehen, lässt sich kein besonderer Vorteil mehr herausholen. Ist ein Modellboden immer in geordnetem übersichtlichem Zustand gehalten, so lässt sich mit Modellbüchern derselbe Zweck in derselben Zeit genau so gewissenhaft erreichen. Es liesse sich also über diesen Punkt streiten. Wenn beide gewissenhaft ausgeführt werden, sind, wie bei allen anderen Sachen, Vorteile herauszuholen. Aber die Rationalisierung beim Modellbau zu fördern, sind beide Systeme nicht gross in der Lage.

Die Tatsache, dass annähernd 50 Prozent unserer Berufskollegen im Reiche arbeitslos sind, beweist treffend, dass die Rationalisierung im Modellbau gerade stark genug gewirkt hat. Weiteres zu verhindern, wäre unsere Aufgabe, doch wird es nicht in unserer Macht stehen. Die Branchenabteilung des Verbandsvorstandes fordert im Bericht vom 10. Oktober die Kollegen erneut auf, Material über das Schweissverfahren einzusenden. Hoffentlich geschieht dies, damit wir volle Klarheit über die Lage unseres Berufes bekommen.

Stahl- oder Holzfenster?

Zu dieser Frage veröffentlicht Dipl.-Ing. Erich Seidel (Leipzig) in Nr. 42/1931 der Wochenschrift der „Deutschen Gesellschaft für Bauwesen“ einen sehr interessanten Aufsatz. Wir lesen da unter anderem:

„Die Verwendung von Stahlfenstern hat bestimmt gewisse Vorteile. Infolge des hohen spezifischen Gewichts von Eisen werden Stahlfenster sehr sparsam bemessen, wodurch die eisernen Fenster einen grösseren Lichteinfall als Holzfenster erhalten. Die Dichtung gegen Regen und Wind ist bei einigen besonders guten Stahlfensterkonstruktionen auch so verbessert worden, dass sie fast ebensogut wie Holzfenster dichten, um so mehr, als das Holzfenster besonders in der ersten Zeit durch Schwinden und Quellen in seiner Grösse stets etwas veränderlich ist.

Diesen Vorteilen stehen erhebliche Nachteile gegenüber. Kein noch so guter Anstrich kann Eisen vor Rosten auf die Dauer schützen. Die Verwendung von nichtrostendem Stahl verbietet der Preis. Nach Meinung der Glasversicherungsgesellschaften kann man die Eisenfenster nur einigermaßen einwandfrei erhalten, wenn man alljährlich den Rostansatz beseitigt und damit zusammen den Rahmenfalz mittels Mennige anstreicht; das ist eine umständliche Pflege, die in den meisten Fällen vernachlässigt wird. So wird die Lebensdauer bei Stahlfenstern weit niedriger als bei Holzfenstern, die nur in Abständen von mehreren Jahren mit Ölfarbe gestrichen werden müssen, um in tadellosem Zustande zu bleiben.

Im Gebrauch schwingen Stahlfenster leicht infolge ihrer knappen Dimensionen. Sie nehmen sehr schnell und viel Wärme auf, lassen viel Wärme durch, verspannen sich und erzeugen dadurch leicht Scheibenbruch. Bei der rauhen Baubehandlung kommen die Stahlfensterrahmen schon vor dem Einsetzen leicht aus dem rechten Winkel und müssen dann nachgerichtet werden. Stahlfenster können im Gegensatz zu Holzfenstern im Bedarfsfalle schlecht nachgearbeitet werden. Chemische Einflüsse zerstören leicht Stahlfenster. Durch Regen- und Schwitzwasser setzen die Eisenrahmen Rost, namentlich im Falz des unteren Querrahmens, an. Rost vergrössert das Volumen des Eisenprofils. Rost hat ungefähr nur das halbe spezifische Gewicht wie Eisen und ist ausserdem sehr sperrig. Der Rost wächst sich im Rahmen zu Wulsten aus, welche die Scheibe auch unter Mithilfe des spröden Kittes in die Enge treiben, bis sie springt.

Der Preis guter Stahlfenster ist höher als der guter Holzfenster. Die Unterhaltung ist für Stahlfenster erheblich teurer. Die obengeschilderte notwendige Pflege für Stahlfenster ist sehr kostspielig, Holzfenster verbrauchen wenig Instandhaltungskosten. Für die Glasversicherung wird wegen der erhöhten Scheibenbruchgefahr ein Zuschlag von 25 Prozent gegenüber den Prämien für Holzfenster gefordert. Ausbesserungen sind für Eisenfenster bei Spezialprofilen schwierig, das Einziehen eines neuen Wetterschenkels für Holzfenster bietet keine Schwierigkeiten.

Die Verwendung von Stahlfenstern im Wohnhausbau ist daher abwegig. Es ist aber zu hoffen, dass die Konkurrenz des Stahlfensters auch zu einer Verbesserung des Holzfensters führt, wobei zumindest ein grösserer Lichteinfall durch geschicktere Bemessungen sicher leicht erreicht werden kann.

Diese Ausführungen von sachkundigster Seite unterstreichen das, was in diesen Spalten wiederholt über die Vorteile des Holzfensters gegenüber dem Stahlfenster geschrieben worden ist. Den Holzfensterfabrikanten sei besonders der letzte Satz des Aufsatzes zur Beachtung empfohlen. Auch wir sind der Meinung, dass das Holzfenster in der angedeuteten Richtung noch verbesserungsfähig ist.

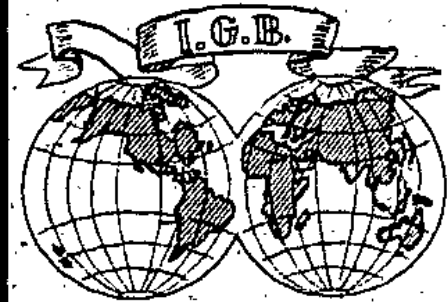
Standortliche Gliederung der Kleinmusikinstrumentenindustrie.

(Nach der amtlichen Zählung von 1925.)

Gebiet	Harmoniken				Saiten und Saiteninstrumente				Blas- und Schlaginstrumente				Kleinmusikinstrumente insgesamt			
	Betriebe	Proz.	Beschäftigte	Proz.	Betriebe	Proz.	Beschäftigte	Proz.	Betriebe	Proz.	Beschäftigte	Proz.	Betriebe	Proz.	Beschäftigte	Proz.
Sachsen	2711	85,3	6 430	52,3	2388	83,9	5505	84,1	402	59,8	1 436	5,4	5501	22,8	13 377	63,6
Württemberg	385	10,4	4 367	35,5	171	0,9	34	0,5	19	2,9	84	3,2	421	5,5	4 485	21,4
Thüringen	33	1,0	872	7,1	34	1,2	135	2,1	15	2,3	148	5,7	83	1,2	1 156	5,5
Übriges Reich	65	2,1	230	5,1	407	14,3	873	3,3	228	35,0	923	35,7	700	10,5	2 026	9,6
Insgesamt	3194	100	11 903	100	2846	100	6548	100	664	100	2591	100	6704	100	21 044	100



Gewerkschaftsbewegung



Kommunistische Streiktaktik

Die grosse Lohnabbauoffensive des Unternehmertums ist in vollem Gange. Die ungeheure Arbeitslosigkeit schwächt die Widerstandskraft der Arbeiter. Ihr einziger Schutz sind die Gewerkschaften. Hätten wir keine starken Gewerkschaften, dann bräuchten sich die Unternehmer bei der Befriedigung ihrer Gellüste keinerlei Beschränkungen aufzuerlegen. Die gewerkschaftliche Organisation gibt dem einzelnen Rückenstärkung. Der Unternehmer kann nicht einfach diktieren, er muss verhandeln und dabei in der Regel seine Wünsche beträchtlich reduzieren.

Dass die Gewerkschaftsvertreter die Interessen der Arbeiter um so wirksamer wahrnehmen können, je geschlossener die Massen hinter ihnen stehen, ist eine alte, allgemein bekannte Tatsache. Aber sie wird leider in der Praxis nicht genug beachtet. Viel zu gross ist die Zahl der Unorganisierten; gefährlicher jedoch als die Gleichgültigen sind diejenigen, die bewusst und mit Vorbedacht die Aktionen der Gewerkschaften zu stören trachten zum Nutzen der Unternehmer.

Unter diesen Schädlingen der Arbeiterbewegung ist an erster Stelle die von der Kommunistischen Partei aufgezoogene RGO. zu nennen. Der Kommunistischen Partei ist es nicht darum zu tun, das Elend, unter dem die Arbeiterschaft leidet, zu lindern; ihr Streben ist darauf gerichtet, die Massen völlig zu verelenden. Je grösser die Erfolge, die sie auf diesem Gebiet erreicht, um so leichter sind die Massen für die politischen Ziele der KPD. zu gewinnen, die auf den Bürgerkrieg gerichtet sind und auf die Unterstellung Deutschlands unter die Diktatur der Moskauer Machthaber.

Die kommunistische Presse halt wider von dem Ruf nach Inszenierung von Streiks. Dieses hysterische Geschrei ist geradezu eine Diskreditierung des wichtigsten Kampfmittels der Gewerkschaften. Die Geschichte der Gewerkschaften berichtet auf jeder Seite davon, dass die organisierte Arbeiterschaft sich nicht scheut, ihre schärfste Waffe einzusetzen. Aber sie tut das nicht blindlings. Ehe zum Streik gegriffen wird, müssen die Aussichten des Kampfes geprüft werden. Der Streik soll doch einen Zweck haben, er ist ein Mittel, um Verbesserungen der Wirtschaftslage herbeizuführen oder, was ja heutzutage fast überall zutrifft, Verschlechterungen abzuwehren.

Der Streik legt den Beteiligten schwere Opfer auf. Deshalb ist es eine selbstverständliche gewerkschaftliche Regel, dass die Entscheidung von denen gefällt wird, die die Opfer in erster Linie zu tragen haben. Es liegt im Wesen der Sache, dass, wenn die Dinge so weit gediehen sind, die Betroffenen sich in einer Erregung befinden, die sie leicht geneigt macht, den Zorn zum alleinigen Berater zu nehmen. Der erfahrene Gewerkschafter wird, selbst wenn er den Streikbeschluss für notwendig hält, doch nicht unterlassen, auf die Folgen des zu fassenden Beschlusses hinzuweisen. Die Begeisterung für den Streik soll kein Strohflecken sein, sie soll auch dann vorhalten, wenn der graue Alltag an den Streikenden herantritt und es gilt, mit einer Unterstützung auszukommen, die wesentlich niedriger ist als der seitherige Lohn. Das Organisationsverhältnis muss geprüft, es muss erwogen werden, ob und wieviel Mann von der Belegschaft stehenbleiben werden, ob mit einem Andrang von Streikbrechern zu rechnen ist, und so manches andere. Wenn dann nach gründlicher Prüfung der Aussichten mit Dreiviertelmehrheit der beteiligten Verbandsmitglieder der Streik beschlossen wird, gilt der Beschluss als rechtskräftig zustande gekommen. Das ist die gewerkschaftliche Taktik.

Die Kommunistische Partei macht es ganz anders. Für sie kommt es ja auch nicht darauf an, für die kämpfenden Ar-

beiter materielle Erfolge zu erringen. Die Arbeiter sind ihr nur Kanonenfutter. Wenn es gelingt, die Massen auf die Strasse zu bringen und Verzweiflungsausbrüche hervorzurufen, dann ist der Zweck erreicht. Mit einem kaum noch zu überbietenden Zynismus wird das auch in der kommunistischen Presse ausgesprochen. Unter der Überschrift: „Wie wird ein Streik ausgelöst?“ veröffentlicht die „Rote Fahne“ vom 31. Oktober Rezepte zur Inszenierung von Streiks, die mit gewerkschaftlichen Kampfmitteln nichts gemein haben. Nicht die beteiligten Arbeiter entscheiden nach dieser Vorschrift über den Streik, sondern der „zentrale Kampfausschuss“.

Wenn dessen Ruf erfolgt, „dann muss in jeder Abteilung ein entschlossener Funktionär die geladene Atmosphäre durch sein Eingreifen entspannen, indem er den Motor abstellt, auf die Bank springt, die Kollegen zusammenruft und sie in kurzen Worten über die Notwendigkeit des Streiks informiert und sie aufruft, gegen den Lohnabbau geschlossen in den Streik zu treten. Keine langen Diskussionen. Nicht zulassen, dass ängstliche reformistische Betriebsräte miesmachen können und die streikgewillten Arbeiter verhindern, sondern den Streik durch Handaufheben beschliessen lassen und die Abteilung geschlossen durch die nächsten Abteilungen führen, wo sie die etwa noch arbeitenden Kollegen auffordern, sich dem Streik anzuschliessen“.

Um solche „spontane“ Entschlüsse herbeizuführen, muss, so wird dann weiter ausgeführt, die Sache von den Funktionären vorher besprochen und jedem Funktionär seine Rolle zugewiesen sein. Vom Betrieb geht es sofort zur ersten Streikversammlung, die im nächsten Versammlungslokal oder auch im Fabrikhof abgehalten werden kann. Hier wird nach einem kurzen Bericht noch einmal ein Streikbeschluss gefasst, und zwar durch Handhochheben. „Keine geheimen Abstimmungen zulassen.“

Das ist die kommunistische Taktik zur Inszenierung von Streiks. Jeder, der nur eine schwache Ahnung vom Wesen der Gewerkschaften hat, sieht sofort, dass ein so unternommener Streik für wirtschaftliche Ziele im Augenblick des Beginnens schon verloren ist. Aber den Kommunisten geht es ja nur darum, das Elend der Massen zu steigern, sie reif zu machen zu Verzweiflungsausbrüchen, von denen die KPD. hofft, dass sie der Förderung ihrer politischen Ziele nützlich sein könnten.

Die Invalidenunterstützung im Buchbinder-Verband

Im Buchbinder-Verband ist die Invalidenunterstützung schon seit dem Jahre 1907 eingeführt. Die eingehenden Beiträge werden als besonderer Fonds verwaltet. Mit diesem Invalidenfonds hat der Verband wenig erfreuliche Erfahrungen gemacht. Er war vor dem Kriege schon auf 600 000 Mk. angewachsen, die Inflation hat dieses Geld aufgezehrt; Ende 1924 war der Fonds auf 6500 Mk. zusammengeschrumpft. Seither ist er wieder aufgefüllt worden, er verfügt über 675 000 Mk. Aber die schwere Wirtschaftskrise bewirkt, oder richtiger gesagt, trägt dazu bei, dass an den Fonds immer grössere Anforderungen gestellt werden. Die Dinge liegen so, dass die Einnahmen an Beiträgen für die Invalidenversicherung nur ausreichen, um zwei Fünftel der auszahlenden Unterstützungen zu decken. Drei Fünftel müssen dem Reservefonds entnommen werden, der dadurch bedenklich zusammenschrumpft.

Diese Erfahrung, die die Buchbinder mit ihrer Invalidenunterstützung gemacht haben, verdient besondere Beachtung. Der schlechte Stand der gewerkschaftlichen Invalidenunterstützung ist nämlich nicht nur auf die Krise zurückzuführen. Deren Einluss ist gewiss stark. Die grosse Arbeitslosigkeit bewirkt einen Rückgang der Beitragseinnahmen, andererseits führt die gleiche

Ursache zu gesteigerten Anforderungen. Mancher Berufsgenosse, der bei flottem Geschäftsgang noch einen Erwerb gefunden hätte, ist nun infolge seiner verminderten Erwerbsfähigkeit vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen und wird auch vom untersuchenden Arzt als invalid anerkannt.

Aber es kommt noch ein anderes hinzu. Bei der Einrichtung einer Invalidenunterstützung werden die Anforderungen, die später an diese Einrichtung gestellt werden, leicht unterschätzt. Bei einem solchen Unternehmen, das sich nach dem Willen der Gründer aus den eigenen Mitteln erhalten soll, werden dann die Beiträge oft zu niedrig oder die Unterstützungen zu hoch normiert. Bei den der Staatsaufsicht unterstehenden Versicherungseinrichtungen haben Versicherungsmathematiker die voraussichtliche Belastung berechnet und hiernach den erforderlichen Beitrag benannt. Wollte eine Gewerkschaft eine Versicherungseinrichtung schaffen, die dergestalt gegen alle Wechselfälle gesichert ist, dann müssten bei niedrigen Unterstützungssätzen riesige Beiträge erhoben werden. Das geht aber nicht. Bei den Berechnungen über die voraussichtliche Belastung wird jedoch der zu erwartende Zugang an Unterstützungsberechtigten meist zu niedrig angenommen. Bis zum Eintritt des Beharrungszustandes vergeht viel mehr Zeit, als man vermutet hatte. Inzwischen steigen die Ausgaben stärker als die Einnahmen, bis das Missverhältnis offenbar wird.

Dieser Fall ist jetzt bei den Buchbindern eingetreten. Der Vorstand schlägt vor, den Beitrag für die Invalidenversicherung, der jetzt 10 und 20 Pf. pro Woche beträgt, auf 20 und 40 Pf. zu erhöhen. Über diesen Vorschlag, der nur eine vorläufige Regelung bezweckt, findet eine Urabstimmung im Verband statt; die definitive Regelung soll dem bevorstehenden Verbandstag überlassen bleiben.

Lohnbewegung in der Metallindustrie

In einer Anfang Oktober abgehaltenen Beiratssitzung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes wurde mitgeteilt, dass bis dahin 244 Lohntarife gekündigt seien, die über 660 000 Arbeiter umfassen. Dazu kommt noch die Kündigung von 98 Manteltarifen und Arbeitszeitabkommen mit etwa 123 000 Beteiligten. Entsprechend einem Beschluss des Beirats hat sich inzwischen der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes an den Gesamtverband deutscher Metallindustrieller mit einer Denkschrift gewandt, in welcher er auf die Unmöglichkeit einer weiteren Senkung der Löhne hinweist und Verhandlungen über eine allgemeine Herabsetzung der Arbeitszeit vorschlägt. Über die weitere Entwicklung dieser Bewegung ist Näheres noch nicht bekanntgeworden. Verhandlungen haben noch nicht stattgefunden. Vermutlich sind sie zurückgestellt bis zum Abschluss der Beratungen des von der Regierung berufenen Wirtschaftsbeirats.

Fünftagewoche in Brauereien

Auf Grund von tariflichen Vereinbarungen, die zwischen dem Verbands der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter und den Unternehmerorganisationen in der Brauindustrie getroffen wurden, ist für die Brauereien die Fünftagewoche eingeführt worden. Sie gilt in etwa 500 Betrieben für über 25 000 Personen. In einigen grossen Braubezirken gilt diese Vereinbarung noch nicht, doch besteht die Absicht, sie auch dort durchzuführen. Durch die Vereinbarung wird der eingetretene Lohnausfall zum Teil auf die Unternehmer abgewälzt. Infolge der Verkürzung der Arbeitszeit ist zunächst erreicht, dass weitere Entlassungen von Arbeitern unterblieben sind. Ob es gelingen wird, brachliegende Arbeitskräfte in erheblichem Umfang unterzubringen, erscheint allerdings angesichts des starken Rückganges des Bierverbrauchs zweifelhaft.

Um die Bauarbeiterlöhne

Die Allgemeinverbindlichkeit des im Frühjahr abgeschlossenen Reichstarifvertrages für das Baugewerbe wurde vom Reichsarbeitsministerium am 18. September ausgesprochen, dabei sind aber eine Reihe Bauarbeiten, die in der Entscheidung genannt sind, von der allgemeinen Verbindlichkeit ausgenommen.

Erst vierzehn Tage später ist die Entscheidung über die Bezirkslohnverträge gefallen. Sie ist vom Reichsarbeitsminister Stegerwald persönlich unterzeichnet. Die Allgemeinverbindlichkeit ist abgelehnt, und der Minister begründet seine Entscheidung damit, dass er es „nicht für angängig erachtet, die darin vereinbarten Löhne im Wege staatlichen Zwanges durchzusetzen“.

Der Reichsarbeitsminister hält also die Tariflöhne des Baugewerbes für zu hoch; dabei handelt es sich um Löhne, die von Beauftragten des Reichsarbeitsministers festgesetzt wurden. Die Tariflöhne kommen nämlich im Baugewerbe in der Weise zustande, dass über sie zunächst bezirklich verhandelt und im Bedarfsfall von einer mit drei Unparteiischen besetzten Schiedsstelle entschieden wird. Wird deren Spruch nicht von beiden Parteien angenommen, dann geht die Sache an die zentrale Schiedsstelle. Ihr gehören je vier Vertreter jeder Partei an; die Entscheidung liegt aber faktisch bei den drei Unparteiischen, die vom Reichsarbeitsministerium ernannt werden. Diesmal fungierten die Schlichter Dr. Brahn und Dr. Stenzel sowie der bayerische Ministerialrat Gasteier als Unparteiische. Diesen Herren wird nun attestiert, dass ihre Entscheidungen falsch waren.

Durch den Tarifvertrag sind die Vertragsparteien gebunden, die organisierten Unternehmer müssen die Tariflöhne zahlen. Die beantragte Allgemeinverbindlichkeit hatte lediglich den Zweck, auch die unorganisierten Unternehmer zur Anerkennung der Vertragslöhne anzuhalten. Der Reichsarbeitsminister sagt aber nein, das ginge nicht; man müsse den Aussenseitern die Möglichkeit geben, die organisierten Unternehmer, gestützt auf niedrigere Löhne, zu unterbieten. Auf die Organisations- und Vertragsfreudigkeit der Unternehmer des Baugewerbes wird das Verhalten des Reichsarbeitsministers sicher sehr abkühlend wirken. War das der Zweck der Übung?

Im Reichsarbeitsministerium begnügte man sich aber damit nicht, man wollte auch gleich positiv für die Herabsetzung der Löhne wirken. Zum Tarifvertrag für das Baugewerbe ist eine Protokollnotiz vereinbart, die besagt, dass, sofern für einzelne Orte oder Gebiete die Allgemeinverbindlichkeit nicht ausgesprochen werden sollte, für diese Orte oder Gebiete noch einmal über den Lohn verhandelt wird. Unter Hinweis auf diese Protokollnotiz forderte das Reichsarbeitsministerium, nachdem es allen Bezirkslohnverträgen die Allgemeinverbindlichkeit versagt hatte, die Gewerkschaften des Baugewerbes auf, schleunigst Verhandlungen mit den Unternehmern zwecks Abbaues der Löhne einzuleiten.

Die Gewerkschaften des Baugewerbes erkannten wohl den guten Willen des Reichsarbeitsministeriums an, den Bauunternehmern bei ihrem auf Lohnabbau gerichteten Bestrebungen zu helfen, aber die Richtigkeit der Auslegung, welche das Reichsarbeitsministerium und die Unternehmer der fraglichen Protokollnotiz geben, vermochten sie nicht anzuerkennen. Sie denken auch nicht daran, freiwillig auf den Tarifvertrag zu verzichten, der rechtsgültig bis zum 2. März 1932 abgeschlossen ist. So verliefen die Verhandlungen, die das Reichsarbeitsministerium anberaumt hatte, ergebnislos. Man will jetzt die Beratungen des Wirtschaftsbeirats abwarten. Das Reichsarbeitsministerium hat sich aber bei dem Handel so engagiert, dass mit einem zwangsweisen Abbau der Bauarbeiterlöhne trotz des geltenden Vertrags gerechnet werden muss.



Unterhaltung und Wissen



Die Alten

Skizze von Al Fred Nauck

Den breiten Weg, der, an beiden Seiten von blühenden Linden bestanden, die schnurgerade, wohlgepflegte Strasse durchzog, schritt ein altes Ehepaar. Schwer stützte sich der Mann auf den derben Knotenstock, und langsam, zögernd trippelte seine Gefährtin an seiner Seite. Von Zeit zu Zeit blieb das Mütterchen stehen, weil ein heftiger Hustenanfall ihren schmächtigen Körper erschütterte. Fürsorglich hielt dann der Alte sein Frauchen im Arm. Rührend war es, wie der Mann sich in sorgender Liebe um sein Weib bemühte.

„Komm, Mutterchen, wir sind bald da bei der Lene.“

„Ja, Alterchen.“

Wieder gingen sie einige Schritte; doch bald musste das alte Mütterchen, von einem noch stärkeren Hustenanfall geplagt, stehenbleiben. — Endlich fand sich eine Bank am Wege, auf der sich beide schwer atmend niederliessen.



Stille ringsum. — Betäubend dufteten die Lindenblüten.

Jetzt donnerte ein Zug über den nahen Viadukt, mächtig verklang in der Ferne das Klappern und Poltern der geschäftigen Räder. — Ein langgezogener, gellender Pfiff der Lokomotive. — Unwillkürlich fuhren die Alten zusammen.

Von der gegenüberliegenden Häuserreihe schnarrte ein Grammophon den neuesten Gassenhauer. Irgend jemand piff ein paar Takte mit.

Eine Kinderstimme schrie in hohem Diskant. Dann wieder Stille. —

„Komm, Mutterchen, sonst wird es zu spät!“

„Ja, Alterchen, gleich, gleich.“ Leise, flüsternd brachte sie diese Worte hervor. Und wieder wurde sie von dem schrecklichen Husten heimgesucht.

„Du, Alterchen,“ zögernd fragte sie, „Alterchen, ob die Lene auch glücklich ist?“ — Eine lange Pause entstand. —

Wieder brauste ein Zug über die Brücke.

„Ob unsere Lene glücklich ist?“ Er schwieg lange, dann meinte er leise:

„I, warum denn auch nicht!“ Wenig überzeugend klangen diese Worte. Ein schwerer Seufzer hob seine Brust. Sinnend schaute er mit trüben, glanzlosen Augen in die Strahlen der untergehenden Sonne. — Ja, die Lene, ihre Lene, ihr einziges Kind. Ob sie wohl glücklich ist?

„Sagtest du was, Mutterchen?“

Verneinend schüttelte die Grels in das weisse Haupt.

Wie hatten sie doch beide ihr Lenchen liebegehabt! — „Verwöhnt“, sagten viele. Und dann, dann...

Na ja, nachgerade war das Mädel auch alt genug zum Heiraten; aber den, den — dass ihr Lenchen den gerade haben wollte.

„Kind, Kind, überlege dir doch die Sache! Bedenke...!“

Immer wieder mahnten und flehten die Eltern... Umsonst!

Ruhig und gleichförmig floss das Leben der beiden einsamen alten Leute in ihrem stillen Weltenwinkel dahin. Anfangs öfter, später seltener, kam ein Brief von ihrer Tochter aus der grossen Stadt. Sie schrieb,

es ginge ihr gut, und es fehle ihr an nichts, sie sei glücklich... anfangs schrieb sie so. Von ihrem Manne auffällenderweise keine Silbe.

Dann kamen die Schreiben spärlicher, und in diesen Briefen lasen sie, wenn auch gewissermassen zwischen den Zeilen, dass ihre Lene, ihr liebes Kind, in der Ehe nicht glücklich sei.

Und noch an demselben Abend, an dem der letzte Brief bei ihnen eintraf, setzte sich der alte Mann hin und malte mit ungefügten, schweren Schriftzeichen einen Brief an seine Tochter. Und das ganze Schreiben bestand nur aus der einen bange Frage: „Bist du glücklich, Lenchen?“ ...

Keine Antwort kam. —

Wochenlang, monatelang warteten die Eltern auf ein Lebenszeichen ihrer Tochter, Vergebens. —

Da hielt sie die Sehnsucht nicht länger.

Eines Tages befanden sie sich auf dem Wege zu ihrem Kinde. —

„Ob unsere Lene glücklich ist?“

Unbewusst tönte die Frage von den Lippen des alten Mannes; gleichsam als Abschluss in seiner Gedankenreihe schien die Frage zu stehen.

„Ja, Alterchen...“ Mit einem lauten Aufschrei sank die alte Frau hintenüber. Stossweise quoll ihr das Blut aus dem schmerzhaft verzogenen Mund. Ein wehes, irres Stöhnen, dann Stille, Totenstille. —

Keines Wortes mächtig warf sich der alte Mann über den Körper seines Weibes.

Mitleidige Strassenpassanten brachten die alte Frau zu einem Arzt, der nur noch den bereits erfolgten Tod feststellen konnte.

„Blutsturz!“ meinte er achselzuckend.

Müde, apathisch wankte der alte Mann hinaus. Jede Hilfe wies er schroff und bestimmt zurück. Aufrecht ging er die Strasse hinunter, weiter, immer weiter. —

Just zu derselben Zeit bettete man eine stille Schlafarin zur letzten Ruhe — ganz hinten, auf dem Armenfriedhof. Nur einige Frauen gaben der Toten das letzte Geleit.



Eilig wurde der Sarg von den beiden Kirchhofswärtern in die Gruft hinabgelassen, mit derselben Schnelligkeit schaufelten sie die Grube zu. Bald wölbte sich der Hügel, und die Männer schulterten ihr Gerät.

„Adjüs och!“ Damit stampften sie ihrem Hause zu.

Die Frauen, die das Trauergefolge gebildet hatten, beschäftigten sich auf dem Heimwege noch sehr angelegentlich mit der Verstorbenen.

„War se nich verheiratet?“ fragte eine der „Leidtragenden“ im Laufe des Gesprächs.

„Jawoll,“ hiess es zur Antwort, „aber ihr Mann is doch wech, durchgejungen mit 'ner andern!“

„Ach nee, so'n Lump!“ Und dann nach einer Pause, meinte sie weiter, unter bedauerndem Kopfschütteln, „det arme, arme Weib!“ ...

Blutrot, gleich einem feurigen Ball ging die Sonne zur Neige, und die Nacht hüllte die müde Erde ein. Von den Bäumen an der Mauer des Friedhofes sang eine Drossel ihr Abendlied. —

Am nächsten Morgen fanden Streckenarbeiter auf den Eisenbahrschienen den fu entbar zermalnten Körper eines alten Mannes.

Wir fahren um die Welt

Von Kurt Offenburg

(Fortsetzung aus Nr. 44)

Durch die Torresstrasse.

Hindurch zwischen den Inseln, rostbraun und blaugrau; streckenweise schön bewaldet, streckenweise kahl wie das afrikanische Küstengebirge hinter Suez. An einem unsagbar holden späten Septembertag fährst du hindurch: durch eine See von der wehenden Bläue des Mittelmeeres... Wo dunkel der Schatten des gleitenden Schiffes sich spiegelt... Wo strichweise, wenn die See flach wird, hellgrüne Streifen sich abheben aus dem Blau.

Durch einen ganzen Vormittag geht's vorüber an diesen Inseln; manche viele Kilometer lang, andere nur ein Gesteinsbrocken, nicht grösser als ein Tisch, abgesprengt aus einer Länderkette. Von manchen der grossen Inseln steigt weisser Qualm auf. Irgendeine heisse Quelle? Oder ist's ein fernes Buschfeuer? Nichts ist zu erfahren. Nichts... Ich weiss nur: diese Fahrt ist ein navigatorisches Kunststück, eine seemännische Leistung. Die Fahrinne ist schmal. Wird nicht ganz scharf Kurs gehalten, biegt das Schiff nur ein wenig nach Back- oder Steuerbord aus, schon sitzt es auf. Riffe, Riffe. Aber die Holländer, alte Seegaukler, verstehen ihr Handwerk. Der „Kap'tn“ war heute auch nicht bei Tisch. Wäre einer bei dieser Durchfahrt nicht auf der Brücke — er könnte das nächstmal zu Hause bleiben.

Ich sprach mit dem „Ersten“, wollte wissen, ob einige dieser Eilande bevölkert seien. Zögernd: Nein, er glaube nicht. Weniger zögernd verabschiedete ich mich. Kannst du verstehen, Leser, was es heisst für einen wissbegierigen, fiebernden, in alle Winde flatternden Menschen, wenn er... anderthalb Tage beinahe am anderen „Ende“ der Welt — von daheim aus gesehen — durch die Torresstrasse fährt und nicht mehr davon weiss, als dass er eben fährt. Nicht mehr erfahren kann, als was er sieht.

Die Sache mit Torres, dem kühnen Seefahrer, weiss ich selbst (du kannst sie im „Brockhaus“ nachlesen). Aber ich will mehr wissen. Nicht so stupid in der Welt umherfahren wie ein — Bridgespieler.

Ich habe zwar eine Karte — aber eine durchaus ungenügende —, und sie verrät, wo wir umherstreifen. Ich nehme den (im Gang ausgehängten) Stand von mittags 12 Uhr: 142° 22' Ost, 10° 31' Süd, und errechne mir, dass unter den Erdketzen von heute vormittag einer die Donnerstagsinsel war.

Das ist jenes Eiland, von dem lange Zeit geglaubt wurde, hier habe der Matrose Selkirk gehaust. Jener seltsame Mann, ohne den Daniel Defoe nie den „Robinson“ geschrieben hätte. Jetzt — wir sind ein zivilisiertes Jahrhundert! — veranstaltet eine holländisch-australische Reisegesellschaft „kurze Ausflüge von neun Tagen“ mit allem Luxus und aller Bequemlichkeit.

Und entlang seit einigen Stunden an der Nordostküste Australiens. Gebirgig. Schon etwas im frühen Abenddunst. Vor gelagert Riffe, grün bebuscht. Manche, die der Schifffahrt am gefährlichsten, am weitesten in die knappe Fahrinne vorspringenden, sind mit Leuchtfeuern versehen. Automatisch funktionierend, ohne Wärter.

Im Korallenmeer.

Schon die ganze Nacht hindurch und den Vormittag über fahren wir entlang der Ostküste Australiens. Kahl, sandig, unfruchtbar. Man sähe nicht hin, wäre man nicht landhungrig, wie immer bei grossen Seefahrten. Nie war die Lust zu wandern so toll wie auf Schiffen. Weite Wege, Wälder, Bergsteigen: das ist die Sehnsucht.

Plötzlich, mitten in der Fahrinne, zersprengte Felsen, pyramidenförmig getürmt. Zerrissen, verwaschen; weissgelb unter dem wässrig blauen Himmel. Urweitträumer versunkenen Landes.

Dann geht die Fahrt in die Korallensee. Aber, aber... Wie die Phantasie die Dinge immer anders ausmalt! Korallenmeer... Wie das klingt! Welche Vorstellungen wur-

den lebendig, als ich noch zu Hause über den Karten sass; unruhig vor Erregung, diese weite Reise bald machen zu können. Wie weitete unendlich sich das schmale Arbeitszimmer... Meer voll Korallenbänke... Ich sah sie rot durch die blaue Flut schimmern... Spann mich immer mehr ein in diesen Traum; die Gaukelei war so stark, dass so etwas wie ein ersoffener, versteineter Sonnenuntergang mich beehrte... Damals, daheim.

Wie die Wirklichkeit die Dinge immer entzaubert! Jammervoll! Behalte die Traumbilder in deinem Innern; bewahre sie unzerstört, indem du — daheim bleibst! Korallenmeer, wie das nüchtern ist? Was ist das schon?... Da hinten die braunsandige Ostküste Australiens. Davor manchmal Inseln, flach, mit Gestrüpp. Vom Wind schiefgebogene, zerzauste Bäume.

Meer voll Korallenbänke? Du siehst sie nicht rot durch das — schmierig grüne Wasser schimmern. Siehst überhaupt nichts. Sosehr du dich mühest.

Nur ein Meer: dürrtig und ohne Leuchtkraft. Wenn du die Adria erlebstest — Abende bei Rapallo, ein Morgen von Messina und Nächte an der Ecke von Gibraltar! — was ist dir noch das Korallenmeer?

Nachtrag. Zwölf Wochen später: Damals von dem Schiff aus war wirklich nichts zu sehen. Erst als ich mit einem Tramp die Küste von Queensland hinauffuhr und in den Tagen, als er ladete, mit einer Launch nach den Koralleninseln, da erst bekam ich eine schwache Vorstellung von dem Wunder „Grosses Barrierenriff“. Und dennoch ist, was ich oben sagte, nicht falsch: an jenen Tagen und vom Passagierdampfer aus — sie fahren durch die innere Zone, die enge Rinne zwischen australischem Festland und dem gefährlichen Aussenriff — war das Korallenmeer eine Enttäuschung.

Landschaft, Schiff, Menschen.

Was am Vormittag die Coral Sea enttäuscht, macht am Nachmittag das Gebirge wieder gut. Ganz dicht bei fahren wir: seit Stunden entlang an schwarzblauen Bergen, die sich öffnen, schliessen. Zwei, drei Ketten oft hintereinander. Die See, sie ist nur wenig bewegt; der Himmel über der Küste Queensland gewitterschwarz.

So ist die Landschaft, die nach Osten abfallenden Hänge Australiens auf der Höhe von Cooktown. Erinnerung an die Fjorde Norwegens — so seltsam es klingt.

Die untergehende Sonne steht über dem gezackten Gebirge. Ein kleiner Fetzen schmutziges Rot zwischen dem schwarzen Brodem, der düster braut. Und über das unfruchtbare Land, tiefer im Innern, doch keinen Regen bringen wird.

Tags darauf sind wir weiter ab vom Land. Nur manchmal sehr dicht an Inseln vorbei, die plötzlich in erschreckender Einsamkeit auftauchen. So weltverloren in der nicht ausdenkbaren, den Sinnen nicht fassbaren Weite, dass die Grausamkeit der Natur einem den Atem nimmt.

Das Korallenmeer passiert, jetzt im Pazifik. Etwa auf der Höhe von Townsville. Grosser Ozean, Stiller Ozean, Pazifischer Ozean — und mit wieviel Namen er noch genannt wird, dieser Riese unter den Meeren.

Ein Tag geht wie der andere: zwischen Arbeit und Schlaf ist sein Inhalt beschlossen.

Was mancher nicht weiss

Die Wolkenhöhe schwankt im allgemeinen zwischen 120 und 12000 Meter. Die sogenannten Schäfchen ziehen jedoch in einer Höhe von 14930 Meter im Sommer und 11500 Meter im Winter über uns hin.

Es gibt Sterne, die uns 20000mal soviel Licht senden wie die Sonne, und andere, die nur ein Fünzigtausendstel dieser Lichtmenge zu uns gelangen lassen.

Der Stinkbaum, der in den nordamerikanischen Sümpfen zu Hause ist, wächst statt nach oben nach unten; ein Naturkuriosum, das wohl einzigartig dasteht.

Bücher und Zeitschriften

Handbuch der Arbeit. III. Abteilung: Die Koalitionen. Von Bergmann-Schletter-Winkel. Verlagsbuchhandlung Karl Zwing, Jena. Preis broschiert 18 Mk., in Ganzleinen gebunden 21 Mk. — Die Verfasser haben sich „die Aufgabe gestellt, im „Handbuch der Arbeit“ Tatsachen zu geben, die allen in Gewerkschaften, Parteien, sozialen Organisationen, staatlichen Instituten, Gemeinden, Redaktionen usw. Tätigen ein umfassendes Bild der wirklichen Lage der deutschen Arbeiterklasse verschaffen“.

Verbände stammt. Beim Durcharbeiten der Publikationen der Verbände scheinen die Verfasser aber manchmal recht flüchtig gewesen zu sein. So lesen wir in dem Abschnitt über den Holzarbeiter-Verband u. a. folgendes: „Im nachfolgenden werden nur die Rechnungsansätze der Verbandskassen, die sich erheblich von den Berichten des ADOB, über den Holzarbeiter-Verband unterscheiden, verarbeitet. Die Berichte des ADOB, sind vollständiger.“

der Tat. Den Verfassern ist nämlich das Unglück passiert, dass sie die Zahl der Organisierten in Vergleich gestellt haben zu der Zahl der in der Holzindustrie insgesamt Beschäftigten, also Arbeiter, Angestellte und Unternehmer. Von der Gesamtzahl 1 030 000 gehen rund 300 000 Unternehmer und Angestellte ab, es verbleiben somit etwa 700 000 Arbeiter. Dazu kommen wieder noch etwa 100 000 Holzarbeiter in anderen Industrien. Von den sich sonach ergebenden 800 000 Holzarbeitern sind mindestens 100 000 bis 150 000 nicht organisationsfähig — aus Gründen, auf die hier einzugehen zu weit führen würde.

Sprach- und Rechtschreibungsklippen. Ein Hilfsbuch zur Vermeidung von Fehlern beim Sprechen und Schreiben. Von Paul Grunow, Oberkorrektor der Reichsdruckerei i. R., Selbstverlag Berlin-Johannisthal, Johannes-Werner-Strasse 5. Preis 1,20 Mk., zuzüglich 10 Pf. Porto. — Das Büchlein behandelt allerlei Zweifelsfälle aus Sprachlehre, Rechtschreibung und Aussprache. Ausserdem bringt es viel Nützliches und Lehrreiches: die Schreibung der Sissnamen, oft gebrauchte lateinische und französische Ausdrücke und Redewendungen, die musikalischen Bezeichnungen, die wichtigsten Vornamen und das griechische und russische Alphabet in Druck- und Schreibschrift.

Zentralkrankenkasse der Tischler, Sitz Hamburg

Abrechnung der Hauptkasse für Oktober 1931.
Eingesandte Überschüsse 36 797,22 Mk.
Andere Einnahmen 6 511,46 Mk. 43 308,68 Mk.
Versandte Zuschüsse 24 796,70 Mk.
Andere Ausgaben 7 720,81 Mk. 32 517,51 Mk.
Mehreinnahme 10 791,17 Mk.

Verantwortlicher Schriftleiter: M. Kayser, Berlin. Druck und Verlag: Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H., Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2.

Kollegen, bestellt sofort den Almanach 1932

Lokalbeamter für Halle a. d. S. gesucht. Die Verwaltungsstelle Halle sucht zum 1. Januar 1932 einen Lokalbeamten. Der Kollege muss im Arbeitsrecht bewandert sein, organisatorische, agitatorische und rednerische Befähigung besitzen und in der Lage sein, die Kassengeschäfte einwandfrei zu führen.

Hobelbänke 60 RM

2 m lg., kompl. Stahlsp., Ia Qualität. Blatt beste ged. Roth. Preisl. gratis, Karl Ramisch, Pirna, Artilleriekaserne 6

Intarsien aller Art Katalog gegen 50 Pf. in Briefmarken. E. Biller, Heidelberg, Theaterstrasse 7.

Gummiwaren Hygienisch. Artikel Preisliste O. gratis. „Medicus“ Berlin SW 68, Alte Jakobstrasse 8.

MARKEN-KAMERAS wie Voigtl., Agfa, Zeiss Ikon, Leitz, Nagel, Pat.-Etui, g. Teilt. o. Aufschl.



PHOTO PORST (5.20 M. portofrei) Tausch alt. Apparate Fernberatung Verlangen Sie kostenlos uns. Gelegenheitsliste und 202-seitigen illust. Katalog B12. Photo-Porst, Nürnberg, A912 Deuschl. gr. Photo-Spezialhaus

Wiedemann Bettfedern nur reine, gutfüllend Sorten. — Ein Kilo graue geschlossene 2,50 Mk., halbweisse 3 Mk., weisse 4 Mk., bessere 5 Mk., 6 Mk., daunenweiche 7 Mk. und 8 Mk., beste Sorte 10 Mk. u. 12 Mk., weisse ungeschl. Rupf federn 6,50 Mk. u. 7,50 Mk., beste Sorte 9,50 Mk. Versand franko Zollfrei gegen Nachn. Muster frei. Umtausch u. Rücknahme gestattet. Benedikt Sachsel, Lo bez Nr. 782 bei Pilsen (Böhmen).

Originalsüddeutsche Hobelbänke 74

Ia Qualität, 200 cm hintere Blattlänge, kompl. mit Stahlspindeln, ab südd. Station. Garantie für jede Bank. Abbildungen u. Werkzeugs katalog gratis. M. WALTHER / Dresden-N., Rehfelder Strasse 53

Advertisement for 'Die Chöre des deutschen Arbeiter-Sänger-Bundes' featuring a group of men singing and the 'GLORIA' logo. Text: 'jetzt auf GLORIA Die 25-cm-Qualitätsplatte für Mark 2'.

Homophon-Company GmbH, Berlin SO 36

Advertisement for 'Geschenke billig Weihnachtskatalog gratis' by Sigurd Gesellschaft Kassel 15. Includes illustrations of a bicycle, sewing machine, and other household items.

Sprechmaschinen-Laufwerke zum Selbsteinbau, Ia Doppelschneckenfederwerk nur 11,50 Mark. Regulateur-, Tisch- und Hausuhrwerke zum Selbsteinbau, nach Katalog, der gratis und franco versandt wird von Robert Husberg, Neuenrade (Westfalen) Nr. 10

Advertisement for '10 Liter Fruchtwein für nur Mk. 5,30'. Text: 'ganz vorzüglichen Fruchtwein für nur Mk. 5,30 für diesen stark herabgesetzten Preis ein köstlicher, fröhlich stimmender Labetrunk. Gerade in unserer Notzeit besonders vorteilhaft als Gastgetränk im Kreise guter Freunde u. zu Festtagen, da billiger als Bier u. quantitativ mäßiger im Verbrauch. Machen Sie zu bevorstehendem WEIHNACHTS-FEST einen Versuch. Auch ganz vorzüglichen WEINBRAND u. feinste EDELLIKÖRE erhalten Sie bei uns die Literflasche schon v. 3,80 ab. Verlangen Sie unsere Preisliste! Deutschlands größte Fruchtwein-Kellerei. Reichenu 1/5a. 71'

Rodelkufen, pa. Esche, gebog. 100 110 120 130 140 150 cm Holzlänge 1,20 1,40 1,60 1,80 2,00 2,20 Mk. pro Paar. Sämtlich übrige Holz zu jed. Schlitten fertig ausgehobelt: zum Kufenpreis. Zeichnung bei Bestellung gratis. Ringelkuf. — Einsitz, 2,50, Zweisitz, 3,50, Dresd. 5 M. Schneeschuhe. — Ia Esche fertig 110 120 130 140 150 160 170 180 190 200 210 220 cm l. 3,40 4,20 5,00 5,80 6,60 7,40 8,20 9,00 9,80 10,60 11,40 Mk. pro Paar sowie 1. und fertig lackiert, m. sämtl. Zubeh. — Die Listen verlang. F. Eckart, Wintersportart., Neesen 5a.

Schöne Intarsien für Möbel, Schatullen Maxim. Weiß Leipzig, Kochstr. 28. Original-süddeutsche Hobelbänke 68 Mark, 2 m hintere Blattlänge, Stahlspindeln. Werkzeug-Neuheiten. Preisliste gratis und franko Otto Bergmann Berlin-Lichterfelde-West. Sportschlitzen-Kufen Esche, gebog., starke prima Ausführung 100 120 140 160 200 cm Holzlänge 1,50 1,80 2,20 2,50 4,— Mk. pro Paar. Ringelkufen, 1,2 cm Schüttenlänge, 5,— Mk. Schneeschuhe aus prima zäh Gebirgsesche. Preise auf Anfrage. Aufschraubklänge kompl. 7,50 Mk. Nichtgefallendes nehme ich zurück. Max Walther Dresden, N. 22, Rehfelder Str. 53

Large advertisement for 'Josef Witt, Weiden-Oberpf.' featuring a building illustration and a list of products. Text: 'Grösstes Webwaren-Spezialversandhaus der Art Europas mit eig. Webwaren-Fabriken und eig. Ausrüstungswerk'. List includes: 2500 Arbeiter und Angestellte, 31472 Spindeln in eigener Spinnerei, 1600 mechanische Webstühle in eigenen Webereien, 700 Eisenbahn-Waggonladungen Webwaren, 900 000 Nachbestellungen auf Waren haben mir meine alten Kunden in einem Jahre eingesandt. Der natürlichste Beweis der Güte u. Billigkeit. Ich erwarte auch Ihre Bestellung. Es ist Ihr Nutzen. Jetzt Abgabe an die Verbraucher wie untenstehend. Diese Preise haben nur solange Gültigkeit, bis ein neues Inserat mit anderen Preisen erscheint. Bei Bestellung v. 15,— Mk. an erhalten Sie auf diese Preise noch 5 Prozent Rabatt. Für diesen Rabatt erhalten Sie auf Wunsch eine brauchbare Schlafdecke mit kleinen unscheinbaren Fehlern.